

"Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen"

Erklärung von Staatssekretär Dr. Burghard VILMAR, Kultusministerium des Landes Hessen, anlässlich der Tagung des Polnischen Instituts für internationale Angelegenheiten und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Toruń vom 17.-22. September 1979

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte polnische Gastgeber.

Lassen Sie mich bitte an den Beginn meiner Ausführungen ein Wort unseres Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt stellen. In seiner Nobelpreisrede sagte er:

"Der Organisation des Friedens stehen starke Kräfte entgegen. Wir haben erfahren, in welche Barbarei der Mensch zurückfallen kann. Keine Religion, keine Ideologie, keine glanzvolle Entfaltung der Kultur schließt mit Sicherheit aus, daß aus den seelischen Tiefenschichten der Menschen Haß hervorbrechen und Völker ins Unheil reißen kann. Der Friede ist so wenig wie die Freiheit ein Urzustand, den wir vorfinden: Wir müssen ihn machen, im wahrsten Sinne des Wortes."

In diesen Tagen mahnt uns die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 40 Jahren, auch bei dieser Tagung alle unsere Kräfte in den Dienst steter Bemühungen um die Erhaltung des Friedens zu stellen.

"Wenn es zwei Völker gibt, die aus der Vergangenheit, aus ihrer geschichtlichen Erfahrung, aus ihrer unentrinnbaren geographischen Lage heraus einen besonderen Auftrag haben, auf einen ständigen Frieden in Europa hinzuwirken, dann sind dies das deutsche und das polnische Volk."

So forderte es einer der Redner beim 2. Forum Volksrepublik Polen - Bundesrepublik Deutschland und rief dazu auf, die Pflicht zum Frieden in unseren beiden Völkern fest zu verankern.

Mit dem Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, in dessen Präambel beide Seiten ihren Willen bekräftigen, der jungen Generation in beiden Ländern eine friedliche Zukunft zu sichern, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen und die gegenwärtigen Grenzen anzuerkennen, wurde der erste konkrete Schritt getan, ein neues, friedliches Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen zu schreiben.

Es ist das Verdienst verantwortungsvoller Wissenschaftler unserer beiden Staaten, eine der Konsequenzen aus diesem Normalisierungsvertrag gezogen zu haben. Ohne staatlichen Auftrag, aber in dem Bewußtsein der Verpflichtung, den Neubeginn in den beiderseitigen Beziehungen auch in den Schulbüchern beider Länder sichtbar zum Ausdruck zu bringen, haben sie in mühevoller Arbeit gemeinsam Empfehlungen zur Verbesserung der Schulbücher geschaffen.

Ich gedenke an dieser Stelle insbesondere unseres Freundes Georg Eckert, der sich in dieser großen Friedensaufgabe verzehrt hat. Er hat dafür gekämpft, der Aussöhnung mit Polen in den Schulen unseres Landes den Weg zu bereiten. Ihm war bewußt, daß schon in der Schule, bei der Erziehung unserer Jugend, die Arbeit zur Sicherung des Friedens beginnen muß. Denn Verständnis wächst aus Kenntnis.

In diesem Sinne äußerte sich auch Bundeskanzler Helmut Schmidt als er 1977 beim Besuch der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz erklärte:

"Es braucht sich kein junger Deutscher unfrei zu fühlen, wenn er einem polnischen Altersgenossen begegnet. Aber wissen muß er, was Deutsche im deutschen Namen damals begangen haben. Wissen muß er, was sein polnischer Altersgenosse von seinen Eltern und Großeltern über Auschwitz erfuhr, und was er über die deutsche Okkupation nach 1939 erfahren hat. Wissen muß er schließlich, daß sich an ihn als einen jungen Deutschen besondere Erwartungen richten".

Uns ist klar, daß die Verwirklichung der Schulbuchempfehlungen in unserem Lande ein komplizierter Prozeß ist, der nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden kann. Vielen geht die Umsetzung dieser Empfehlungen zu langsam voran. Ich habe Verständnis für diese Ungeduld. Dennoch haben wir auf unserer Seite inzwischen gute Fortschritte gemacht. Im einzelnen wird darüber noch zu sprechen sein.

Die Lage ist keineswegs so trübe und aussichtslos, wie sie hier und da in Presseberichten dargestellt wird. Seien Sie versichert, daß auch wir, die wir hier an diesem Konferenztisch sitzen, guten Willens sind und mit Zuversicht die weitere Entwicklung bei der Verwirklichung der Schulbuchempfehlungen betrachten. Wir ergehen uns aber nicht in Selbstzufriedenheit, sondern tragen unser Teil dazu bei, die Wege für die Schulbuchempfehlungen zu ebnen.

Natürlich gibt es gesellschaftliche Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die den Schulbuchempfehlungen auch jetzt noch ablehnend gegenüberstehen. Sie bringen für ihre Ablehnung Argumente vor, mit denen wir uns auch weiterhin auseinandersetzen müssen. Bei bestimmten geschichtlichen Vorgängen gibt es noch immer unterschiedliche Bewertungen. Nur im zähen Ringen um Wahrhaftigkeit bei ihrer Darstellung lassen sich alte Vorurteile überwinden. Unsere Aufgabe besteht auch weiterhin darin, geduldige Überzeugungsarbeit zu leisten und ständig zu versuchen, die Gegner für die Schulbuchempfehlungen zu gewinnen. Ich weiß, daß auch in Polen die Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission von kritischer Aufmerksamkeit begleitet war und zur Realisierung der Empfehlungen auch auf ihrer Seite Überzeugungsarbeit zu leisten war.

Es wurde vor einiger Zeit der Vorschlag gemacht, nach Wegen zu suchen, die einen Kompromiß mit den Gegnern der Schulbuchempfehlungen ermöglichen. Vielleicht gelingt uns dies im Rahmen dieser Konferenz.

Die Schulbuchempfehlungen und gemeinsam mit ihnen eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern im Bereich Bildung

und Erziehung sind ein wesentliches Element des Normalisierungsprozesses. Sie sind Teil unserer gemeinsamen Bemühungen, die Vergangenheit zu überwinden, um eine friedliche Zukunft zu schaffen. Eingedenk dieser Vergangenheit sollten wir uns mit besonderem Engagement der Erziehung unserer Völker im Geiste des Friedens widmen, wie sie in der UNO-Deklaration vom September vorigen Jahres gefordert wird. Die Schulbuchempfehlungen und intensivierten Kontakte auf den Gebieten Erziehung und Bildung könnten beispielgebend für die Realisierung der UNO-Deklaration wirken.

Es verwundert nicht, daß die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im vorigen Jahr verabschiedete "Deklaration über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens" auf eine Initiative Polens zurückgeht. Durch die tragischen Erfahrungen in seiner mehr als tausendjährigen Geschichte ist gerade Polen wie kein anderes Land dazu berufen, den Völkern der Welt die Notwendigkeit einer Erziehung zum Frieden nahezubringen.

Diese Deklaration hat unsere volle Zustimmung. Was dort als Rahmen vorgezeichnet wurde, muß nun mit Leben erfüllt werden. Wir sollten den Versuch unternehmen, auch auf dieser Konferenz Ideen und Initiativen zu entwickeln, um dieser großen Zukunftsaufgabe gerecht zu werden.

Es ist dem Polnischen Institut für internationale Angelegenheiten und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu danken, daß zum zweiten Mal maßgebliche Vertreter aus dem Bildungs- und Erziehungsbereich Polens und der Bundesrepublik Deutschland sich zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch treffen können. Ich glaube, wir alle sind von der Notwendigkeit überzeugt, den Dialog zwischen unseren beiden Ländern gerade auch über Fragen der Erziehung und Bildung zu vertiefen. Solche regelmäßigen Begegnungen tragen dazu bei, Mißverständnisse zeitig auszuräumen und immer wieder eine Bilanz unserer Bemühungen um den Fortgang des Normalisierungsprozesses zu ziehen. Nicht zuletzt ist hier Gelegenheit gegeben, den Stand der Schulbuchverbesserung zu überprüfen und die unterschiedlichen Auffassungen zu diskutieren.

Daß wir heute hier in Toruń/Thorn, der Geburtsstadt des Nikolaus Kopernikus, zu Gast sein dürfen, erfüllt uns mit besonderer Freude. Die regelmäßigen Besuche politischer Prominenz aus der Bundesrepublik Deutschland in dieser Stadt und nicht zuletzt die zwischen Göttingen und Thorn vereinbarte Partnerschaft lassen darauf schließen, daß diese Stadt im Normalisierungsprozeß zwischen unseren beiden Ländern eine besondere, progressive Rolle spielt.

Möge der kopernikanische Geist dieser traditionsreichen Stadt nicht nur unsere bevorstehenden Diskussionen bestimmen, sondern auch dazu beitragen, daß Toruń zu einem lebendigen Symbol der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern werden möge.

In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf.

"Drogi ku porozumieniu - Wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową"

Oświadczenie sekretarza stanu dra Burgharda Vilmara, Ministerstwo Oświaty kraju związkowego Hesji, z okazji konferencji polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych i Fundacji im. Friedricha Eberta w Toruniu od 17-ego do 22-ego września 1979-ego roku

Szanowne Panie i Panowie!
Czcigodni polscy Gospodarze!

Proszę mi pozwolić, że na początku moich wywodów zacytuję słowa naszego laureata Pokojowej Nagrody Nobla, Willy Brandta.

W swym przemówieniu z okazji otrzymania tej nagrody powiedział on:

"Zaprowadzeniu pokoju sprzeciwiają się silne siły. Dowiedzieliśmy się w jakie barbarzyństwo człowiek może ponownie popaść. Żadna religia, żadna ideologia, żaden pełen blasku rozwój kultury nie wykluczają z pewnością, że z duchowych głębin ludzi może wybuchnąć nienawiść i wtrącić narody w nieszczęście. Pokój nie jest, podobnie jak wolność, stanem pierwotnym, który zastajemy: musimy go czynić, w najprawdziwszym sensie tego słowa!"

W tych dniach wspomnienie wybuchu Drugiej Wojny Światowej przed 40-tu laty nakazuje nam także podczas tego posiedzenia poświęcić wszystkie nasze siły stałym zabiegom na rzecz utrzymania pokoju.

"Jeżeli istnieją dwa narody, które ze względu na swą przeszłość, doświadczenia historyczne i nieuniknione położenie geograficzne mają szczególne zadanie wpływania na stałe utrzymywanie pokoju w Europie to są to właśnie naród niemiecki i polski."

W ten sposób postulował jeden z mówców na 2-im Forum Polska Rzeczpospolita Ludowa - Republika Federalna Niemiec wzywając do głębokiego zakorzenienia się w naszych narodach obowiązku utrzymania pokoju.

Wraz z układem o podstawach normalizacji wzajemnych stosunków między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec, w którego preambuli obie strony potwierdzają swą wolę zabezpieczenia młodym generacjom w obu krajach pokojowej przyszłości, stworzenie trwałych podstaw pokojowej koegzystencji i uznanie obecnych granic, dokonany został pierwszy konkretny krok ku napisaniu nowego, pokojowego rozdziału stosunków niemiecko-polskich.

Zasługą odpowiedzialnych naukowców naszych państw jest to, że z tego układu o normalizacji wyciągnęli jedną z konsekwencji. Bez zlecenia ze strony państwa lecz zdając sobie sprawę z obowiązku zmanifestowania również w podręcznikach szkolnych obu krajów nowego początku we wzajemnych stosunkach, wydali oni dzięki wspólnej mozolnej pracy zalecenia, których celem jest ulepszenie podręczników.

Wspominam w tym miejscu szczególnie naszego przyjaciela Georga Eckerta, który oddał wszystkie swe siły dla tego wielkiego pokojowego zadania. Walczył on o utworzenie w szkołach naszego kraju drogi ku pojednaniu z Polską. Zdawał sobie sprawę, że przy wychowywaniu naszej młodzieży praca na rzecz zabezpieczenia pokoju musi rozpoczynać się już w szkole. Gdyż zrozumienie wynika z wiedzy.

W tym sensie wypowiedział się także kanclerz federalny Helmut Schmidt oświadczając w 1977-ym roku podczas wizyty w byłym obozie koncentracyjnym w Oświęcimiu co następuje:

"Żaden młody Niemiec nie musi czuć się skrępowany, jeśli spotka polskiego rówieśnika. Winien on jednak wiedzieć, co Niemcy w imieniu Niemiec wówczas popełnili. Musi on wiedzieć to, czego dowiedział się jego polski rówieśnik od swych rodziców czy dziadków o Oświęcimiu! O okupacji niemieckiej po 1939-ym roku. Musi on wreszcie wiedzieć, że z nim, jako młodym Niemcem, związane są szczególne oczekiwania".

Zdajemy sobie sprawę, że realizacja zaleceń podręcznikowych w naszym kraju jest skomplikowanym procesem, który nie może być zakończony z dnia na dzień. Dla wielu urzeczywistnienie tych zaleceń odbywa się za pomalą. Mam zrozumienie dla tej niecierpliwości. Mimo tego dokonaliśmy tymczasem po naszej stronie prawdziwych postępów. O szczegółach na ten temat będzie się rozmawiało później.

Sytuacja wcale nie jest aż tak zagmatwana i beznadziejna jak to się tu i ówdzie przedstawia w relacjach prasowych. Zapewniam Państwa, że również my, siedzący przy tym stole konferencyjnym, jesteśmy dobrej woli i z ufnością zapatrujemy się na dalszy rozwój realizacji zaleceń podręcznikowych. Nie rozpiływamy się jednak w zadowoleniu z siebie samych lecz wnosimy nasz wkład w utworzenie dróg dla zaleceń podręcznikowych.

Oczywiście, że w Republice Federalnej Niemiec istnieją grupy społeczne, które również teraz są negatywnie ustosunkowane do zaleceń podręcznikowych. Przedkładają one przy tym argumenty, z którymi musimy się w dalszym ciągu rozprawiać. W odniesieniu do określonych wydarzeń historycznych istnieją ciągle jeszcze odmienne zapatrywania. Tylko w upartych zmaganiach o prawdę w ich przedstawianiu uda się przewyciężyć dawne uprzedzenia. Nasze zadanie polega w dalszym ciągu na cierpliwym przekonywaniu i stałych próbach pozyskania sobie przeciwników dla zaleceń podręcznikowych. Wiem, że również w Polsce praca Wspólnej Komisji d/s Podręczników Szkolnych obserwowana była krytycznie i że do realizacji zaleceń trzeba było również po stronie Państwa intensywnie przekonywać.

Swego czasu uczyniono propozycję aby szukać dróg umożliwiających zawarcie kompromisu z przeciwnikami zaleceń podręcznikowych. Być może uda nam się tego dokonać w ramach tej konferencji.

Zalecenia podręcznikowe a wraz z nimi rozszerzona współpraca między naszymi krajami w dziedzinie oświaty i wychowania są istotnym elementem procesu normalizacji. Są one częścią naszych wspólnych wysiłków na rzecz przewyciężenia przeszłości w celu stworzenia pokojowej przyszłości. Pomni tej przeszłości powinniśmy ze szczególnym zaangażowaniem poświęcić się wychowaniu naszych narodów w duchu pokoju, jak to postuluje Deklaracja ONZ z września ubiegłego roku. Zalecenia podręcznikowe i intensywne kontakty w dziedzinie oświaty i wychowania mogłyby oddziaływać jako przykład na rzecz realizacji Deklaracji ONZ.

Nikogo nie dziwi fakt, że do uchwalenia w ubiegłym roku przez Zgromadzenie Ogólne Narodów Zjednoczonych "Deklaracji o wychowaniu społeczeństw w duchu pokoju" doszło dzięki inicjatywie Polski. Poprzez tragiczne doświadczenia zebrane w swej ponad tysiącletniej historii, właśnie Polska powołana jest do tego, jak żaden inny kraj, aby uświadomić narodom świata konieczność wychowania dla pokoju.

Deklaracja ta cieszy się naszym pełnym poparciem. Co zostało w niej określone jako ramy, musi obecnie zostać napełnione życiem. Powinniśmy podjąć próbę rozwoju pomysłów i inicjatyw aby sprostać temu wielkiemu zadaniu na przyszłość.

Polskiemu Instytutowi Spraw Międzynarodowych i Fundacji im. Friedricha Eberta należą się podziękowania, że po raz drugi mogło dojść do spotkania kompetentnych przedstawicieli oświaty i wychowania z Polski i z Republiki Federalnej Niemiec na intensywną wymianę poglądów i doświadczeń. Sądzę, że wszyscy jesteśmy przekonani o konieczności pogłębiania dialogu między naszymi krajami właśnie w dziedzinie zagadnień dotyczących wychowania i oświaty. Regularne spotkania tego rodzaju przyczyniają się do wyjaśniania zawczasu nieporozumień i do stałego dokonywania bilansu naszych wysiłków o kontynuację procesu normalizacji. Stanowi to wreszcie okazję do przeanalizowania stanu weryfikacji podręczników i do przedyskutowania odmiennych poglądów.

Fakt, że możemy przebywać w gościnie tutaj w Toruniu, rodzinnym mieście Mikołaja Kopernika, napawa nas szczególną radością. Regularne wizyty eminentnych polityków z Republiki Federalnej Niemiec w tym mieście oraz uzgodnienie partnerstwa miast między Getyngą a Toruniem pozwalają wnioskować, że odgrywa on szczególną, progresywną rolę w procesie normalizacji między naszymi krajami.

Oby duch kopernikowski tego obfitującego w tradycje miasta określał nie tylko nasze zbliżające się dyskusje lecz przyczynił się także do tego, żeby Toruń stał się żywym symbolem pojednania między naszymi oboma narodami!

W tym sensie życzę Konferencji pomyślnego przebiegu.

Tagung des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Warschau, und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, in Toruń/Polen vom 17. bis 22. September 1979

Referat von Staatssekretär Dr. Burghard Vilmar,
Kultusministerium des Landes Hessen

Die UNO-Deklaration über die Erziehung zum Frieden als Mittel der Völkerverständigung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit - Aufgaben und Probleme der Schulbuchrevision in der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland als ein gemeinsamer Beitrag zur Friedenssicherung -

Am 1. September 1979 war der 40. Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in Polen, mit dem der 2. Weltkrieg begann. Das polnische Volk hatte in besonderem Maße unter der Grausamkeit des Vernichtungskrieges zu leiden, der millionenfach Tod über die Länder Europas gebracht hat. Wohl kein Deutscher, der sich in diesen Wochen in Polen aufhält, kann sich der Erinnerung an dieses für die Beziehungen beider Länder schicksalhaften Datums und der historischen Schuld entziehen.

Daß sich im September 1979 der 1. Sekretär der Volksrepublik Polen Gierek und der deutsche Bundeskanzler Schmidt zu einem friedlichen Gedankenaustausch über aktuelle politische und ökonomische Probleme treffen können, daß sich im September 1979 deutsche und polnische Kulturpolitiker, Schulbuchfachleute, Historiker zu einer Konferenz über Fragen der Umsetzung von Empfehlungen zur Darstellung der gemeinsamen Ge-

schichte in den Schulbüchern treffen können, die eine deutsch-polnische Expertengruppe erarbeitet hat, verdeutlicht die erfolgreichen Entspannungsbemühungen im Verhältnis beider Länder.

Der Warschauer Vertrag von 1970 hat den Weg für einen Neubeginn gleichberechtigter, friedlicher Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet geebnet, weil er die Ungewißheit über die Haltung der Bundesrepublik zur Grenzfrage beseitigte, die aus polnischer Sicht in erster Linie die Entwicklung gegenseitiger Beziehungen hemmte. Die am Rande des KSZE-Gipfels 1975 zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem 1. Sekretär Gierek getroffenen Vereinbarungen waren ein weiterer wesentlicher Schritt im Aussöhnungsprozeß.

Der Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen hat seitdem große Fortschritte gemacht. Als Stichworte seien hier beispielhaft genannt:

- Städtepartnerschaften,
- ständig erweiterter Tourismus,
- Austausch im Bereich Theater, Musik, Kunst,
- wissenschaftliche Kontakte zwischen Universitäten und
- Jugendaustausch.

In der Entwicklung von auf friedlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung basierenden Beziehungen hat die Erziehung

der Jugend einen entscheidenden Stellenwert. Die nach 1945 Geborenen haben anders als ihre Eltern den Nationalsozialismus und den 2. Weltkrieg nicht persönlich erlebt.

Der jungen Generation ist damit eine neue Art von Freiheit gegeben. Dies aber kann und darf nicht heißen, daß sie sich dem historischen Erbe entzieht. Durch eine entsprechende Erziehung und Bildung muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß ein realistisches Bild voneinander vermittelt wird und Vorurteile der Vergangenheit nicht reaktiviert werden. Es muß ein Prozeß der Sympathiegewinnung in Gang gesetzt werden. Wie Bundeskanzler Schmidt anlässlich seines Besuches der Gedenkstätte Auschwitz formulierte, "gibt es aber ohne Erkenntnis der Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft, und keinen Weg zu einem neuen und unbefangenen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen."

Die 1972 eingeleitete deutsch-polnische Schulbuchrevision ist insoweit ein Markstein in den deutsch-polnischen Beziehungen auf kulturellem Gebiet und ein entscheidender Beitrag zur Völkerverständigung. Die Schulbuchrevision ist zugleich zu sehen als eine Konkretisierung der im Oktober 1978 auf Initiative Polens von der UNO verabschiedeten Deklaration "über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens".

Es ist sicher kein Zufall, daß Polen die Deklaration eingebracht hat. Die Initiative verdeutlicht die besondere Sensi-

bilität der Polen für alles, was eine friedliche und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der Völker auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet bedrohen könnte, "sie ist Ausdruck - wie es Edward Gierek vor der UNO formulierte - der Überzeugung, daß es angesichts der Bedrohung der internationalen Sicherheit, vor allem durch das verstärkte Wettrüsten, unbedingt notwendig sei, noch aktiver alles zur langfristigen Sicherung des Friedens zu tun."

Mit der Annahme der Deklaration haben sich die in der UNO zusammengeschlossenen Staaten zu einem Aktionsprogramm bekannt, dessen Kernstück die feierliche Aufforderung an alle Staaten ist, als oberstes Gebot und generelle Leitlinie ihrer Aktivitäten die Erhaltung, Unantastbarkeit und Vertiefung eines gerechten und dauerhaften Friedens anzuerkennen.

Von seiten der Bundesrepublik wird das Anliegen, ein für alle Völker geltendes Rahmenprogramm einer Erziehung zum Frieden nachdrücklich unterstützt. Auch in der Einschätzung der Bedeutung einer Erziehung für den Frieden als Element einer verbesserten Völkerverständigung kann voll übernommen werden, was der polnische Minister für Bildung und Erziehung, Jerzy Kuberski, gegenüber einem Vertreter von Interpress ausgeführt hat: "Die Erziehung in der Achtung für die nahe und die eigene Vergangenheit führt zum Verständnis und zur Achtung für Interessen und Anschauungen anderer, entfernterer Menschen. Mit den Jahren lernt das Kind, daß wenn wir über die Notwendigkeit

der Erhaltung des Friedens sprechen, wir ihn nicht nur für Polen und die Polen, sondern für alle wünschen, wenn von der Toleranz die Rede ist, dann nicht nur für uns, sondern auch für andere, wenn wir von der Freundschaft sprechen, dann nicht nur mit unseren Nächsten, sondern auch mit allen Menschen ungeachtet aller Unterschiede."

Die in der Deklaration enthaltenen Grundsätze, die das staatliche Handeln bestimmen sollen, gehören seit langem zu den Leitlinien der deutschen Politik. Auch Deutschland hat die Grausamkeit des Krieges erfahren, auch in Deutschland hat der Krieg tiefe Spuren hinterlassen und zahlreiche Opfer gefordert. Wir können davon ausgehen, daß alle Deutschen unabhängig von ihrer weltanschaulichen oder politischen Einstellung die einzige Chance für die langfristige Weiterexistenz ihres Volkes in der Erhaltung des Friedens und im Ausbau der Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere zu ihren Nachbarstaaten, sehen.

Nicht nur der Aufbau und die ständige Weiterentwicklung der EG, die mit der Wahl eines europäischen Parlamentes 1979 in eine neue Phase eintritt, nicht nur die Aussöhnung mit Frankreich und mit Israel, die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten sind ein Indiz für die langjährige Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung.

In welchem Maße die Deklaration zur Erziehung zum Frieden bereits im Schulwesen der Bundesrepublik verwirklicht ist, möchte ich an einigen konkreten Beispielen verdeutlichen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich mich in erster Linie auf das Bundesland Hessen beschränke, aus dem ich komme.

Artikel 56 Abs. 5 der hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946 belegt, daß bereits lange vor Verabschiedung der Deklaration eine bewußte Erziehung zum Frieden zu den Zielen des Bildungswesens gehörte:

"Der Geschichtsunterricht muß auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten. Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden."

Dieser Verfassungsartikel wird in der für alle Lehrer verbindlichen Präambel zu den neuen lernzielorientierten Bildungsplänen wie folgt präzisiert:

"... die Ziele sind daher getragen von dem Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben der Menschen und Völker. Nicht nur wird daher im Unterricht Unduldsamkeit gegenüber solchen Lehrern gefordert, die die Grundlagen der neu gewonnenen Freiheit und die damit gegebene Chance der friedlichen Entwicklung erneut gefährden könnten. Historischer Unterweisung wird darüber hinaus auch aufgetragen, ihren Schwerpunkt nicht in der Verherr-

lichung von Kriegen und Schlachten zu sehen, sondern in der Darstellung der friedlichen Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur."

Im vorliegenden Lehrplanentwurf für Gesellschaftslehre, einem Lernbereich, der Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde umfaßt, heißt es unter der Überschrift "Abrüstung-, Entspannung- und Friedenssicherung": "Zu den Ansätzen zur Friedenssicherung gehören Absprachen über Rüstungsbeschränkung (SALT-Gespräche) und Abrüstungsverhandlungen (MBFR), Entspannungspolitik und Ostverträge der Bundesrepublik sowie die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)."

"Historische Exkurse, z.B. ein Vergleich der gegenwärtigen Formen des Konfliktaustrags und der Friedenssicherung mit den Auseinandersetzungen der europäischen Staaten im 18. und 19. Jahrhundert sind an den Fragen zu orientieren, die sich aus den gegenwärtigen zwischengesellschaftlichen Beziehungen ergeben. Gerade die Aussöhnung Frankreich-Deutschland oder auch die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 wären hierfür Beispiele. Auf diese Weise soll die Vielschichtigkeit historischer Verläufe ebenso wie die Notwendigkeit, Geschichte zur Beurteilung der Gegenwart heranzuziehen, unmittelbar Lerngegenstand werden."

Unter den Lernzielen, unter denen diese Stichworte im Unterricht behandelt werden sollen, erscheinen mir die folgenden

besonders wichtig:

- "lernen, zwischengesellschaftliche Konflikte, die Formen und Instrumentarien ihres Austrags als historisch entstanden zu begreifen,
- lernen, wie sich bei der Betrachtung und Beurteilung anderer Gesellschaften bewußt oder unbewußt politische, soziale, kulturelle und religiöse Wertvorstellungen der eigenen Geschichte und Gesellschaft auswirken,
- lernen, daraus entstehende Vorverständnisse in ihrer Entstehung, Bedeutung und in ihren Folgen einzuschätzen, und Versuche/Modelle zu ihrer Veränderung kennen und beurteilen lernen (z.B. Jugendaustausch, Städtepartnerschaft, Olympische Spiele)."

Als Unterrichtsthemen werden in den Bildungsplänen vorgeschlagen:

- für das 5. und 6. Schuljahr: Sport/Tourismus - ein Beispiel zur Völkerverständigung;
- für das 9. und 10. Schuljahr: Internationale Zusammenarbeit und Bemühungen um Friedenssicherung am aktuellen Beispiel.

In den Plänen für die gymnasiale Oberstufe (Klassen 11 bis 13) für Gemeinschaftskunde hat die Erziehung zum Frieden ebenfalls erhebliches Gewicht.

So heißt es bereits in den allgemeinen Hinweisen für die Lehrer: "Besondere Bedeutung verdienen langfristige aktuelle Probleme"

insbesondere dank der konstruktiven Unterstützung durch die polnische Botschaft, die zwei hervorragende Universitätslehrer als Mitarbeiter am Lehrgang vermittelte, ein voller Erfolg. Von seiten der deutschen und polnischen Teilnehmer wurde gleichermaßen betont, daß der Gedankenaustausch und die gemeinsame Arbeit während des Lehrganges über das Fachliche hinaus zu wichtigen menschlichen Kontakten geführt habe.

Bereits 1974 wurde vom Hessischen Institut für Lehrerfortbildung eine Studienreise nach Polen zur Information über das polnische Erziehungswesen organisiert, an der Lehrer, Vertreter der Schulbehörden und der Hochschulen teilnahmen. Auch hierbei kam es zu einem fruchtbaren Gedanken- und Informationsaustausch.

Von der Gesamthochschule Kassel werden ständig Kontakte zu Vertretern des polnischen Bildungswesens gepflegt, insbesondere zu Herrn Professor Pecherski von der Universität Warschau. Auch von der Gesamthochschule sind bereits mehrere Studienreisen nach Polen zur Information über Fragen der Lehrerausbildung unternommen worden.

Für diesen Herbst ist eine Studienreise von 25 Lehrern der Gesamtschule Kassel-Oberzwehren geplant, die neben der allgemeinen Information über das polnische Bildungswesen insbesondere Möglichkeiten erkunden will, die Eingliederung von Ausiedlern aus Polen in das deutsche Schulwesen zu erleichtern.

Zu nennen wären weiterhin das jährlich auf Initiative von Herrn Professor Bauzenroth von der Universität Gießen durchgeführte Internationale pädagogische Kolloquium zu Fragen des Schulwesens, an denen regelmäßig eine starke polnische Delegation teilnimmt, und das im Jahre 1979 gegründete Poleninstitut in Darmstadt, dessen Tätigkeit zur Erweiterung der Kenntnisse und gegenseitigen Information beitragen wird.

Für mich persönlich, der sich in früheren Jahren engagiert für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt hat, war die Entkrampfung und Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses eine logische und konsequente Fortsetzung der Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen. Es war für mich ein persönliches Anliegen, mich - damals als Landrat - in die öffentliche Debatte um die Ostverträge einzuschalten und in Versammlungen für eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu engagieren.

Weil ich als Kommunalpolitiker an praktisches Denken und Handeln gewöhnt war, habe ich im Rahmen meiner Möglichkeiten die Begegnung von Jugendgruppen beider Länder gefördert, z.B. wiederholt die studentischen Folkloregruppen der Universität Krakau eingeladen. Auch bei diesen Veranstaltungen waren die menschlichen Kontakte, aus denen sich teilweise dauerhafte Freundschaften entwickelten, mindestens von ebenso großer Bedeutung wie der Einblick in die Kultur des Gastlandes.

Nun zu den konkreten Aufgaben und Problemen der Schulbuchrevision, die bereits mehrfach angesprochen wurden.

Da es keinen Zweifel daran geben kann, daß das Bild, das die Schule von der Vergangenheit, der Geschichte, vermittelt, auch die Zukunft der Beziehungen von Völkern entscheidend mitbestimmt, hatte die 1972 eingesetzte deutsch-polnische Schulbuchkommission den Auftrag, die Defizite in der gegenseitigen Darstellung der historischen und kulturellen Vergangenheit zu füllen, die Sicht und die Wertung der historischen Prozesse, die die Staaten zu dem gemacht hat, als das sie sich heute darstellen, kennenzulernen. Die Kommission sollte sich in gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit auf eine Interpretation der historischen Geschehnisse einigen und dabei ggf. abweichende Meinungen und Ansichten in das Unterrichtsprogramm für den Geschichts- und Erdkundeunterricht aufnehmen.

Keines der schwierigen Probleme, die das deutsch-polnische Verhältnis nach dem zweiten Weltkrieg belasteten, konnte ausgeklammert werden: Die Grenzfrage und die polnische Westverschiebung, Flucht, Evakuierung, Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung, die östliche und westliche Blockbildung, gegenwärtige Bedrohungsvorstellungen usw.

Allen war klar, daß es nur in einem schwierigen Prozeß des beiderseitigen Hinzulernens gelingen konnte, den zwischen Polen und Deutschen besonders tiefen Graben zwischen der Objek-

tivität und der Subjektivität der historischen Erkenntnisse und des geschichtlichen Verstehens zu überwinden und zu einer intersubjektiv gültigen Sicht der Dinge zu kommen.

1977 sind als vorläufiges Ergebnis 26 Empfehlungen - 13 zur Zeitgeschichte, 13 zu verschiedenen Themen aus der Geschichte vor 1914 - in deutscher und polnischer Sprache veröffentlicht worden. Seit diesem Zeitpunkt geht es um ihre praktische Umsetzung in den Schulbüchern beider Länder.

In Artikel 4 des Kulturabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 11.6.1976 heißt es:

"Beide Regierungen verpflichten sich, ihre Bemühungen fortzusetzen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Seite zu erreichen, die eine umfassende Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verstehen fördert. Sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden."

In Hessen sind die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nach einer Veröffentlichung im nichtamtlichen Teil des Amtsblattes bereits im Dezember 1977 mit einem vom Hessischen Ministerpräsidenten Börner und vom Hessischen Kultusminister Krollmann unterzeichneten Schreiben allen Schulleitern zugeleitet worden. Ich zitiere die wichtigsten Passagen:

" Die Diskussionen über das bisherige Arbeitsergebnis der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zeigen, welche Bedeutung dem Versuch beizumessen ist, im Schulbereich einen konkreten Beitrag zur Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu leisten. Dabei geht es um eine Aufgabe, die mit den Bemühungen um die Verbesserung des deutsch-französischen und des deutsch-israelischen Verhältnisses nach 1945 vergleichbar ist.

Die Schulbuchempfehlungen sollen über die Schule hinaus wirksam werden. Umso mehr möchten wir Sie als Schulleiter bitten, den Empfehlungen Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und zur Verwirklichung der angestrebten Ziele beizutragen. Wir sind sicher, daß die Schule in diesem Bereich einen wertvollen und erfolgreichen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten kann."

Neben den Schulleitern haben auch alle vom Hessischen Kultusminister eingesetzten Gruppen zur Erarbeitung von Bildungsplänen und Unterrichtsmaterialien die Empfehlungen als Material erhalten. Darüber hinaus sind zahlreiche Gespräche mit Schulbuchverlegern über ihre konkrete Umsetzung in den Schulbüchern geführt worden.

Aus deutscher Sicht wird die Empfehlung als Diskussionsgrundlage gesehen zur Orientierung von Schulbuchautoren und Geschichtslehrern in beiden Ländern. Nach dem Verhältnis von

Wissenschaft, Politik und Staat, wie es in der Bundesrepublik verstanden wird, ist es nicht möglich, staatlicherseits eine bestimmte Interpretation bestimmter historischer Zusammenhänge zu verordnen. Diese steht in der Verantwortung des Wissenschaftlers und des Lehrers und davon darf und kann man nicht abgehen.

Wie Minister Professor Dr. Jochimsen anlässlich des Gespräches polnischer Schulbuchverleger mit der Kultusministerkonferenz im Jahre 1979 möchte ich auch nochmals daran erinnern, daß bereits 1977 der damalige Präsident der Kultusministerkonferenz, der Hessische Kultusminister Krollmann, während der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung darauf hingewiesen hat, "daß es ein Mißverständnis wäre, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Sinne einer Sprachregelung oder eines Dogmas zu verstehen. Sie geben einen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse oder auch Ansichten wieder, die - wie es wissenschaftlicher Arbeit entspricht - differenziert gesehen und bewertet werden können, stets kritisch zu überprüfen sind und ggf. auch neuerer und besserer Erkenntnis weichen müssen." Ich betone, daß hier die Weiterentwicklung, nicht die Revision der Empfehlungen gemeint ist.

Zur Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland möchte ich generell feststellen, daß - wie es auch im abschließenden Gespräch zwischen den polnischen Schulbuchverlegern und der Kultusministerkonferenz betont wurde - der Geist und Leitlinien der Empfehlungen in allen Bundesländern

anerkannt werden. Die kritische Sicht oder Ablehnung der Empfehlungen als Grundlage der Schulbuchzulassung in einigen Ländern ändert an dem von allen Ländern mitgetragenen Bemühen um eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen nichts. So hat während des bereits mehrfach erwähnten Gespräches der Kultusministerkonferenz mit den polnischen Schulbuchverlegern der Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Stollenwerk - Rheinland-Pfalz steht einzelnen Schulbuchempfehlungen sehr kritisch gegenüber - auf eine gerade abgeschlossene Untersuchung der Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen in den für Rheinland-Pfalz genehmigten Schulbüchern hingewiesen. Diese hat ergeben, daß alle genehmigten Schulbücher den Leitzielen und dem Geist der Empfehlungen entsprechen. Alle Problempunkte der deutsch-polnischen Beziehungen würden nüchtern und sachlich dargelegt mit dem Bemühen um Wahrheitsfindung im Geiste der Versöhnung und des Friedens.

Wie Kultusminister Krollmann als damaliger Präsident der Kultusministerkonferenz 1977 während der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung erklärte, wäre es auch ein Fehlschluß; "wenn man die vor der Formulierung der Empfehlungen genehmigten Schulbücher für nationalistisch oder gar revanchistisch halten wollte. Auch vorher ist von den Ländern die Verpflichtung zur Völkerverständigung und zur Erziehung zum Frieden bei der Schulbuchprüfung überall ernstgenommen worden. Die Beteiligung des polnischen Partners konnte allerdings den Blick schärfen für Defizite unserer notwendigerweise eingegengten Sicht."

Wir dürfen überhaupt die Schulbuchempfehlungen in ihrer Bedeutung für die Völkerverständigung und Friedenserziehung nicht überbewerten. Wie es Markiewicz 1978 in einem Artikel in der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" formulierte "... soll man sich nicht der Illusion hingeben, als würde die Annahme der Empfehlungen zur völligen Vereinheitlichung des Weltbildes im Bewußtsein der Jugend beider Länder führen. In einer Situation, in der in beiden Ländern entgegengesetzte und miteinander konkurrierende sozial-ökonomische und politisch-gesellschaftliche Systeme bestehen, ist das einfach nicht möglich".

Wir müssen die Schulbuchempfehlungen als einen Anfang, nicht als das Ende einer Entwicklung sehen. Für uns alle wichtig ist, daß wir feststellen können, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen einen Prozeß in Gang gebracht haben, der in bisher nicht gekannter Breite und Qualität das herkömmliche geschichtliche Denken auf beiden Seiten zu verändern begonnen hat. Hier gilt es weiter zu arbeiten und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und in ständig erweiterten Kontakten auf verschiedensten Ebenen die Grundlagen und Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz der Völker weiter zu festigen.

Posiedzenie Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych /Warszawa/
i Fundacji im. Friedricha Eberta /Bonn/ w Toruniu/Polska od
17-ego do 22-ego września 1979-ego roku

Referat sekretarza stanu dra Burgharda Vilmara,
Ministerstwo Oświaty kraju związkowego Hesji

Deklaracja ONZ w sprawie wychowania dla pokoju jako środek po-
rozumienia między narodami i pogłębienia współpracy międzyna-
rodowej - zadania i problemy rewizji podręczników szkolnych
w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i w Republice Federalnej
Niemiec jako wspólny wkład w zabezpieczenie pokoju -

1-ego września 1939-ego roku minęła 40-ta rocznica agresji
niemieckich wojsk na Polskę, która stanowiła początek Drugiej
Wojny Światowej. Naród polski szczególnie ucierpiał z powodu
okrucieństw tej niszczycielskiej wojny, która kosztowała spo-
łeczeństwa Europy miliony ofiar. Zapewne żaden Niemiec przeby-
wający w tych tygodniach w Polsce nie może uchylić się od
wspomnienia tej nieszczęsnej dla stosunków między obu krajami
daty i od historycznej winy.

Fakt, że w sierpniu 1979-ego roku I-szy Sekretarz KC PZPR
Edward Gierek i niemiecki kanclerz federalny Helmut Schmidt
mogli spotkać się na pokojową wymianę poglądów dotyczącą
aktualnych problemów politycznych i gospodarczych, że we
wrześniu 1979-ego roku niemieccy i polscy politycy d/s kultury,

fachowcy w zakresie podręczników szkolnych i historycy mogą
spotkać się na konferencji dotyczącej realizacji zaleceń odnośnie
przedstawiania wspólnej historii w podręcznikach szkolnych
opracowanych przez niemiecko-polską grupę ekspertów, uwidacznia
skuteczne wysiłki o odprężenie w stosunkach między obu krajami.

Układ warszawski z 1970-ego roku utorował drogę do nowego
zainicjowania równorzędnych, pokojowych stosunków w dziedzinie
politycznej, gospodarczej i kulturalnej, ponieważ przewyciężył
niepewność odnośnie stanowiska Republiki Federalnej w kwestii
granic, która z polskiego punktu widzenia w pierwszym rządzie
hamowała rozwój wzajemnych stosunków. Zawarte na marginesie
szczytu KBWE w 1975-ym roku porozumienia między kanclerzem
federalnym Schmidtem a I-ym Sekretarzem Gierkiem stanowiły dal-
szy istotny wkład w proces pojednania.

W rozwoju stosunków politycznych, gospodarczych i kulturalnych
między Republiką Federalną a Polską Rzeczypospolitą Ludową
dokonano od tego czasu znacznych postępów. Jako przykłady należy
tu wymienić:

- partnerstwa między miastami,
- stale rozwijającą się turystykę,
- wymianę w dziedzinach: teatr, muzyka i sztuka,
- kontakty naukowe między uniwersytetami oraz
- wymianę młodzieżową.

W rozwoju stosunków bazujących na pokojowej współpracy i wza-
jemnym poszanowaniu, wychowanie młodzieży posiada decydujące

znaczenie. Urodzeni po roku 1945-ym nie przeżyli osobiście, w przeciwieństwie do ich rodziców, okresu narodowego socjalizmu i Drugiej Wojny Światowej.

Młodej generacji dano tym samym nowy rodzaj wolności. Nie może to jednak oznaczać, że uchyla się ona od spuścizny historycznej. Poprzez odpowiednie wychowanie i wykształcenie należy się raczej troszczyć o wzajemne realistyczne przedstawianie obrazu drugiej strony i o to, aby uprzedzenia przeszłości nie były reaktywowane. Zainicjowany musi zostać proces zdobywania wzajemnej sympatii. Jak to kanclerz federalny sformułował podczas wizyty w byłym obozie koncentracyjnym w Oświęcimiu, "bez uświadomienia sobie przeszłości nie ma żadnej drogi prowadzącej ku przyszłości, ani żadnej drogi prowadzącej ku nowym, pozbawionym obciążeń stosunkom między Niemcami a Polakami."

Zainicjowana w 1972-im roku niemiecko-polska rewizja podręczników szkolnych oznacza zasadniczy zwrot w stosunkach niemiecko-polskich w dziedzinie kulturalnej i decydujący wkład w porozumienie między narodami. Weryfikacja podręczników szkolnych jest równocześnie skonkretyzowaniem uchwalonej przez ONZ w październiku 1978-ego roku z inicjatywy Polski "Deklaracji o wychowaniu społeczeństw w duchu pokoju".

Z pewnością nie jest dziełem przypadku, że właśnie Polska przedłożyła tę Deklarację. Inicjatywa ta podkreśla szczególne wyczu-

lenie Polaków na wszystko, co mogłoby zagrażać pokojowej i równoprawnionej współpracy narodów w dziedzinie politycznej, gospodarczej i kulturalnej, jest ona - jak to sformułował Edward Gierek na forum ONZ - wyrazem przekonania, że w obliczu zagrożenia międzynarodowego bezpieczeństwa, przede wszystkim przez wzmożony wyścig zbrojeń, bezwarunkowo konieczne jest czynienie jeszcze aktywniej wszystkiego w celu długoterminowego zabezpieczenia pokoju.

Wraz z przyjęciem Deklaracji państwa należące do ONZ-tu przyznały się do programu akcji, którego istotą jest uroczysty apel pod adresem wszystkich państw aby za najwyższe przykazanie i główną wytyczną swych aktywności uznały utrzymanie, nienaruszalność i pogłębianie sprawiedliwego i trwałego pokoju.

Ze strony Republiki Federalnej życzenie to będące ważnym dla wszystkich narodów programem ramowym wychowania dla pokoju jest energicznie popierane. Również przy ocenie znaczenia wychowania dla pokoju jako elementu ulepszanego porozumienia między narodami można w zupełności przejąć to, co polski minister oświaty i wychowania, Jerzy Kuberski, powiedział wobec przedstawiciela INTERPRESS-u: "Wychowanie w poszanowaniu dla bliskiej i własnej przeszłości prowadzi do zrozumienia i poszanowania interesów i poglądów innych, dalszych ludzi. Z biegiem lat dziecko uczy się, że jeśli mówimy o konieczności utrzymania pokoju, to nie życzymy go tylko dla Polski i Polaków, lecz dla wszystkich, że

jeśli jest mowa o tolerancji, to nie tylko dla nas, lecz również dla innych, że jeśli mówimy o przyjaźni, to nie tylko z naszymi najbliższymi, lecz ze wszystkimi ludźmi, niezależnie od wszystkich różnic."

Zawarte w Deklaracji zasady mające określać działalność państwa należą od dawna do wytycznych niemieckiej polityki. Również Niemcy doznały okrucieństw wojny, również w Niemczech pozostawiła wojna głębokie ślady i pociągnęła za sobą liczne ofiary. Możemy zatem wychodzić z tego, że wszyscy Niemcy, niezależnie od ich stanowiska światopoglądowego lub politycznego jedyną szansę długoterminowej, dalszej egzystencji swego narodu widzą w utrzymaniu pokoju i rozwoju stosunków z innymi państwami, a zwłaszcza z krajami z nimi sąsiadującymi.

Poszlaką długoletniej pokojowej i odprężeniowej polityki rządu federalnego jest nie tylko utworzenie i stały dalszy rozwój EWG, który po wyborach do Parlamentu Europejskiego w 1979ym roku wkroczył w nową fazę, nie tylko pojednanie z Francją i Izraelem i różnorodne stosunki polityczne, gospodarcze i kulturalne między Republiką Federalną a innymi państwami.

Na kilku konkretnych przykładach pragnę ukazać w jakim stopniu Deklaracja o wychowaniu dla pokoju została już zrealizowana w szkolnictwie Republiki Federalnej. Proszę o zrozumienie, że w pierwszym rządzie ograniczę się do kraju związkowego Hesji,

z którego przyjechałem:

Artykuł 56-ty, ustęp 5-ty Konstytucji Heskiej z 1-ego grudnia 1946-ego roku wykazuje, że już na długo przed uchwaleniem Deklaracji świadome wychowanie dla pokoju należało do celów oświaty:

"Nauczanie historii musi się opierać na wiernym, niezafałszowanym przedstawianiu przeszłości. Na pierwszym planie należy stawiać wielkich dobroczyńców ludzkości, rozwój państwa, gospodarki, cywilizacji i kultury, a nie naczelnych wodzów, wojny i bitwy. Nie należy tolerować poglądów zagrażających podstawom państwa demokratycznego."

Ten artykuł Konstytucji został w następujący sposób sprecyzowany w obowiązującej wszystkich nauczycieli preambuli do nowych programów nauczania:

"... cele te kierują się zatem życzeniem pokojowego współżycia ludzi i narodów. W procesie nauczania wymagane jest dlatego nie tylko nietolerowanie nauczycieli zagrażających podstawom na nowo odzyskanej wolności, a tym samym szansie pokojowego rozwoju. Głównym zadaniem przedmiotu nauczania historii ma być ponadto nie gloryfikowanie wojen i bitew lecz przedstawianie pokojowego rozwoju państwa, gospodarki i kultury."

W przedłożonym programie nauczania wiedzy o społeczeństwie, przedmiocie obejmującym geografię, historię i socjologię stwierdzono pod nagłówkiem "Rozbrojenie, odprężenie i zabezpieczenie pokoju" co następuje:

"Do podstaw zabezpieczenia pokoju należą umowy w sprawie ograniczenia zbrojeń/rozmowy SALT/ i rokowania rozbrojeniowe/MBFR/, polityka odprężenia i układy wschodnie Republiki Federalnej oraz wyniki Konferencji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie /KBWE/."

"Historyczne ekskursy, na przykład porównanie obecnych form rozstrzygnięcia konfliktów i zabezpieczania pokoju z konfrontacjami państw europejskich w XVIII-ym i XIX-ym wieku powinny orientować się według problemów wynikających z obecnych stosunków międzyspołecznych. Właśnie pojednanie Francja-Niemcy albo też stosunki niemiecko-polskie po 1945-ym roku byłyby na to przykładami. Bezpośrednim przedmiotem nauczania powinna być w ten sposób wielowarstwowość dziejów historycznych, podobnie jak konieczność korzystania z historii dla oceny współczesności."

Wśród celów nauczania, które powinny obejmować te tematy na lekcjach następujące uważam za szczególnie ważne:

- uczenie się pojmowania konfliktów społecznych oraz form i środków ich przewycięzania jako historycznie powstałych,

- uczenie się, w jaki sposób przy rozpatrywaniu i ocenie innych społeczeństw wpływają świadomie lub nieświadomie polityczne, społeczne, kulturalne i religijne normy wartości własnej historii i społeczeństwa,
- uczenie się oceniania wynikającego z tego zrozumienia wstępnego w jego powstawaniu, znaczeniu i następstwach oraz poznawanie i ocenianie prób/przykładów ich zmian /jak wymiana młodzieżowa, partnerstwa między miastami, Igrzyska Olimpijskie/."

Jako tematy lekcji proponuje się w programach nauczania następujące:

dla klasy 5-ej i 6-ej: Sport/turystyka - przykład porozumienia między narodami;

dla klasy 9-ej i 10-ej: Współpraca międzynarodowa i wysiłki o zabezpieczenie pokoju na aktualnym przykładzie.

W planach nauki o społeczeństwie dla wyższych klas gimnazjalnych /od 11-ej do 13-ej/ wychowanie dla pokoju posiada również znaczną wagę.

I tak w ogólnych wskazówkach dla nauczycieli powiedziano już co następuje: "Na szczególne znaczenie zasługują długoterminowe aktualne problemy, zawierające w sobie podstawowe kontrowersje, jak na przykład zabezpieczanie pokoju, zasięg i ochrona praw zasadniczych,..."

Dla klasy 12-ej opracowano kurs obowiązkowy:

"Rozwój i kryzysy w systemach społecznych I-ego, II-ego i III-ego świata oraz między nimi" wraz z następującymi tematami do kształtowania jego treści: Konkretne systemy społeczne po roku 1945-ym, Konflikt między Wschodem a Zachodem, Utrwalenie się status quo w Europie, Depolaryzacja i częściowa kooperacja w dziedzinie politycznej i gospodarczej /układy wschodnie/, Międzynarodowe organizacje, Pokój jako zmiana systemu /rezygnacja z przemocy/."

Do kontekstu tego należy również to, co ówczesny prezydent Republiki Federalnej Niemiec, Gustav Heinemann, powiedział z okazji 30-jej rocznicy wybuchu Drugiej Wojny Światowej: ... zadaniem nauczania historii będzie wpojenie nowego zwyczaju oceniania konfliktu również oczyma przeciwnika. Do nowych prawideł gry musi należeć gotowość do kompromisu wprowadzającego w miejsce apodyktyczności za wszelką cenę wolę do zastąpienia odziedziczonej z pokolenia na pokolenie wrogości przez zainicjowanie nowego początku po obu stronach. Do nowego sposobu zachowania się należałoby wczuwanie się w lęk i w żalobę, w dumę i wrażliwość przeciwnika."

Wymienione tutaj przykłady ukazują z jednej strony, że wychowanie dla pokoju, w duchu porozumienia między narodami jest stałą częścią składową nauczania. Równocześnie ukazują one zasadnicze trudności bezpośredniego przetransponowania niemiecko-

polских zaleceń podręcznikowych. Gdyż jak te przykłady wykazują, nowe heskie programy nauczania, podobnie jak programy nauczania innych krajów związkowych są tak ułożone aby nauczyciel przy ich realizacji miał do wyboru tematy sformułowane w postaci haseł. I tak stosunki międzypaństwowe i konflikty mogą być omawiane na przykładzie Niemcy-Francja, jak również na przykładzie Niemcy-Polska.

Zainteresowanie informacjami o Polsce, o historii niemiecko-polskich stosunków, o kulturze polskiej i o wychowaniu publicznym w Polsce wzrosło znacznie w ostatnich latach. Przyczyniły się do tego w znacznej mierze stale rozwijające się możliwości podróżowania i kontakty, jak to za chwilę opiszę na następujących przykładach z Hesji.

W związku z tematem naszej konferencji ważne jest, że Heski Instytut d/s Doksztalcania Nauczycieli /HILF/ przeprowadził w październiku 1978-ego roku kurs pod nazwą "Niemcy i Polska po 1945-ym roku - rozwój polityczny, kontrowersje z powodu treści podręczników szkolnych". W centrum nauki znajdowała się analiza przedstawiania stosunków niemiecko-polskich w podręcznikach historycznych w obu krajach. Sesja ta stała się pełnym sukcesem szczególnie dzięki konstruktywnemu poparciu Ambasady Polskiej, która przydzieliła dwóch znakomitych docentów jako współpracowników kursu. Zarówno ze strony niemieckich jak i polskich

uczestników podkreślono, że wymiana poglądów i wspólna praca podczas kursu wykroczyła poza ramy czysto zawodowe i doprowadziła do ważnych międzyludzkich kontaktów.

Już w 1974-ym roku Heski Instytut d/s Doksztalcania Nauczycieli zorganizował podróż naukową do Polski w celu poinformowania się na temat wychowania publicznego w tym kraju, w której udział wzięli nauczyciele, przedstawiciele władz oświatowych i szkół wyższych. Także i wówczas doszło do owocnej wymiany poglądów i informacji.

Wyższa Szkoła Zintegrowana w Kassel stale utrzymuje kontakty z przedstawicielami polskiej oświaty, a zwłaszcza z panem profesorem Pecherskim z Uniwersytetu Warszawskiego. Również i Wyższa Szkoła Zintegrowana zorganizowała kilkanaście podróży naukowych do Polski w celu otrzymania informacji na temat kształcenia nauczycieli.

Na tę jesień przewidziana jest podróż naukowa 25-ciu nauczycieli Szkoły Zbiorczej w Kassel-Oberzwehren, która oprócz informacji na temat oświaty w Polsce pragnie zbadać możliwości ułatwienia integracji przesiedleńców z Polski w niemiecki system oświatowy.

Na uwagę zasługują następnie organizowane corocznie z inicjatywy pana profesora Bauzenrotha z Uniwersytetu w Giessen Międzynarodowe Kolokwia Pedagogiczne poświęcone zagadnieniom oświaty,

w których bierze regularnie udział silna liczebnie delegacja z Polski, oraz założenie w 1979-ym roku Instytutu Polskiego w Darmsztacie, którego działalność przyczynia się do rozwoju wiadomości o Polsce i wzajemnej informacji.

Dla mnie osobiście, ponieważ we wcześniejszych latach angażowałem się na rzecz pojednania między Niemcami a Francją, odprężenie stosunków niemiecko-polskich stanowiło logiczną i konsekwentną kontynuację normalizacji stosunków niemiecko-francuskich. Było dla mnie wówczas sprawą osobistą włączyć się jako starosta do publicznej dyskusji na temat układów wschodnich i angażować się na zebraniach na rzecz poprawy stosunków między Niemcami a Polską.

Ponieważ jako polityk komunalny przyzwyczajony byłem do praktycznego myślenia i działania, popierałem w ramach moich możliwości spotkania grup młodzieżowych z obu krajów, na przykład stale zapraszałem studenckie grupy folklorystyczne z Uniwersytetu Krakowskiego. Również podczas tych imprez kontakty międzyludzkie, z których rozwijały się częściowo trwałe przyjaźnie posiadały co najmniej równie duże znaczenie jak zapoznanie się z kulturą kraju-gospodarza.

Przejdźmy obecnie do konkretnych zadań i problemów rewizji podręczników szkolnych, o których już kilkakrotnie wspomiano.

Ponieważ nie może być wątpliwości co do tego, że obraz przeszłości i historii, który szkoła przekazuje, określa w decydujący sposób również przyszłość stosunków między narodami, zadaniem powołanej w 1972-im roku Niemiecko-Polskiej Komisji Podręcznikowej było nadrobienie braków we wzajemnym przedstawianiu historycznej i kulturalnej przeszłości, ukazanie i ocena procesów historycznych, które uczyniły te państwa tym, za co się one obecnie uważają. We wspólnej pracy naukowej Komisja miała dojść ze sobą do porozumienia odnośnie interpretacji wydarzeń historycznych i przy tym przejąć w danym wypadku odmienne opinie i poglądy do programu nauczania historii i geografii.

Żaden z trudnych problemów obciążających stosunki niemiecko-polskie po Drugiej Wojnie Światowej nie mógł zostać wykluczony: kwestia granic i przesunięcie się terytorium polskiego na zachód, ucieczka, ewakuacja i przymusowe wysiedlanie ludności niemieckiej, powstanie bloków na Wschodzie i Zachodzie, obecne wyobrażenia odnośnie zagrożenia, itd.

Jasne było dla wszystkich, że tylko w trudnym procesie wzajemnego poznawania się mogło udać się przezwycięzenie szczególnie głębokiej przepaści między Polakami a Niemcami, jeśli chodzi o obiektywność i subiektywność wniosków historycznych i pojmowania historii oraz osiągnięcia intersubiektywnej interpretacji faktów.

W 1977-ym roku opublikowano jako tymczasowy rezultat 26 zaleceń-13 odnośnie dziejów współczesnych i 13 dotyczących różnych tematów z zakresu historii do roku 1914-ego, w języku niemieckim i polskim. Od tego czasu chodzi o praktyczną realizację tych zaleceń w podręcznikach szkolnych obu krajów.

W artykule 4-ym umowy kulturalnej między Polską Rzeczypospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec stwierdza się co następuje: "Umawiające się Strony będą kontynuować swe wysiłki, by w podręcznikach szkolnych osiągnąć takie przedstawianie historii, geografii i kultury drugiej Strony, które przyczyniać się będzie do pełniejszego poznania i lepszego wzajemnego zrozumienia. Będą one działać w tym kierunku, by uwzględnione zostały przy tym zalecenia Wspólnej Komisji d/s Podręczników Szkolnych".

W Hesji niemiecko-polskie zalecenia podręcznikowe po opublikowaniu ich w nieurzędowej części Dziennika Ustaw przekazane zostały już w grudniu 1977-ego roku wszystkim dyrektorom szkół wraz z podpisanym przez premiera Hesji, Börnera i heskiego ministra oświaty, Krollmana, pismem. Cytuję najważniejsze fragmenty:

"Dyskusje na temat dotychczasowych rezultatów pracy Niemiecko-Polskiej Komisji d/s Podręczników Szkolnych ukazują, jakie znaczenie przypisywać należy próbie wniesienia w szkolnictwie

konkretnego wkładu do poprawy stosunków niemiecko-polskich. Chodzi przy tym o zadanie, które porównać można z wysiłkami o poprawę stosunków niemiecko-francuskich i niemiecko-izraelskich po roku 1945-ym.

Zalecenia Wspólnej Komisji powinny oddziaływać również poza szkołą. Tym bardziej chcielibyśmy prosić Państwa jako dyrektorów szkół o poświęcenie zaleceniom szczególnej uwagi i o wkład w realizację zamierzonych celów. Jesteśmy przekonani, że szkoły mogą wnieść w tej dziedzinie wartościowy i pomyślny wkład w zabezpieczenie pokoju."

Oprócz dyrektorów szkół zalecenia otrzymały wszystkie grupy ustalone przez heskie Ministerstwo Oświaty zajmujące się opracowywaniem programów nauczania i materiałów nauczania. Ponadto przeprowadzono liczne rozmowy z wydawcami podręczników szkolnych w sprawie konkretnej realizacji zaleceń w podręcznikach.

Z niemieckiego punktu widzenia traktuje się zalecenia jako bazę dyskusji dla orientacji autorów podręczników szkolnych i nauczycieli historii w obu krajach. Zgodnie z relacjami między nauką, polityką a państwem, jak to się pojmuje w Republice Federalnej, zalecenie ze strony państwa określonej interpretacji określonych związków historycznych jest niemożliwe. Za interpretację tę ponoszą odpowiedzialność naukowcy i nauczyciele a od zasady tej nie wolno i nie można odstępować.

Podobnie jak minister prof. dr Jochimsen z okazji rozmów polskich wydawców podręczników szkolnych z Konferencją Ministrów Oświaty w roku 1979-ym chciałbym jeszcze raz przypomnieć, że już w 1977-ym roku ówczesny przewodniczący Konferencji Ministrów Oświaty, heski minister kultury, Krollmann, wskazał podczas sesji Fundacji im. Friedricha Eberta, że "byłoby nieporozumieniem pojmowanie niemiecko-polskich zaleceń podręcznikowych w sensie prawideł językowych lub dogmatów. Odzwierciedlają one stan naukowej wiedzy lub też poglądów, które, jak to odpowiada pracy naukowej, mogą być odmiennie interpretowane i oceniane, stale krytycznie kontrolowane, a w danym wypadku ustępować muszą przed nowszymi i lepszymi wnioskami". Podkreślam, że ma się tu na myśli dalszy rozwój a nie rewizję zaleceń.

Odnosnie realizacji zaleceń podręcznikowych w Republice Federalnej Niemiec chciałbym ogólnie stwierdzić, że - jak już podkreślono w końcowej rozmowie między polskimi wydawcami podręczników a Konferencją Ministrów Oświaty - duch i wytyczne zaleceń uznawane są we wszystkich krajach związkowych. Krytyczne poglądy lub odrzucanie zaleceń jako podstawy zezwoleń na wydawanie podręczników szkolnych w niektórych krajach związkowych niczego nie zmieniają w wysiłkach wszystkich landów o poprawę stosunków niemiecko-polskich. I tak podczas już kilkakrotnie wymienionych rozmów Konferencji Ministrów Oświaty z polskimi wydawcami podręczników sekretarz stanu kraju związkowego Nadrenii-Palatynatu, dr Stollenwerk - Nadrenia-Palatynat jest

bardzo krytycznie ustosunkowana wobec niektórych zaleceń podręcznikowych - wskazał na zakończoną właśnie analizę przedstawiania stosunków niemiecko-polskich w podręcznikach dozwolonych dla Nadrenii-Palatynatu. Wykazała ona, że wszystkie dozwolone podręczniki szkolne odpowiadają celom przewodnim i duchowi zaleceń. Wszystkie punkty dotyczące problemów stosunków niemiecko-polskich przedstawiane są trzeźwo i rzeczowo. Towarzyszą temu wysiłki o znalezienie prawdy w duchu pojednania i pokoju.

Jak oświadczył minister oświaty Krollmann jako ówczesny przewodniczący Konferencji Ministrów Oświaty w 1977-ym roku podczas sesji Fundacji im. Friedricha Eberta, błędne byłoby "uważanie podręczników szkolnych dozwolonych przed sformułowaniem zaleceń za nacjonalistyczne lub nawet rewanżystowskie. Również przedtem kraje związkowe traktowały poważnie podczas kontroli podręczników szkolnych zobowiązanie do krzewienia porozumienia między narodami i wychowanie dla pokoju. Udział polskiego partnera mógł jednak natężyć naszą uwagę na braki w naszych niechybnie zawężonych poglądach."

Znaczenia zaleceń podręcznikowych dla porozumienia między narodami i wychowania dla pokoju nie powinniśmy w ogóle przeceniać. Jak sformułował pan Markiewicz w 1978-ym roku w artykule opublikowanym w czasopiśmie "Z polityki i dziejów współczesnych", nie należy ulegać iluzjom, że przyjęcie zaleceń doprowadzi do

całkowitego ujednoczenia obrazu świata w świadomości młodzieży obu krajów. W sytuacji, w której w obu krajach istnieją przeciwstawne i konkurujące ze sobą systemy społeczno-gospodarcze i polityczne, jest to po prostu niemożliwe.

Musimy traktować zalecenia podręcznikowe jako początek a nie jako zakończenie pewnego procesu. Dla nas wszystkich ważna jest możliwość stwierdzenia, że niemiecko-polskie zalecenia podręcznikowe zainicjowały proces, który w nieznanym dotychczas stopniu zaczął przekształcać dotychczasowe poglądy historyczne po obu stronach. Należy nad tym dalej pracować i w partnerskiej kooperacji i w stale rozwijających się kontaktach na najrozmaitszych płaszczyznach umacniać podstawy i przesłanki pokojowej koegzystencji między narodami.

Zwischenbilanz und Zukunftsaspekte der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Bildungsbereich und ihre Wirkungen in der Öffentlichkeit beider Länder

Von Prof. Dr. Walter Mertineit,

Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission

Was immer auch zum Thema im einzelnen zu sagen sein wird, so möchte ich vorab meinen polnischen Kollegen, Professor Markiewicz, zitieren. Ich habe noch gut im Ohr, was er zum Schluß unserer letzten gemeinsamen Rundfunkdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland sagte. Er zitierte nämlich sinngemäß Bundeskanzler Schmidt: "Sich heute in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Volksrepublik Polen für eine deutsch-polnische Verständigung und Annäherung einzusetzen, erfordere nicht mehr Mut, sondern vor allem G e d u l d. - Geduld nicht in jener Form des passiven Hinnehmens und Ertragens, sondern Geduld als eine aktive Haltung im gegenseitigen Umgang miteinander und selbst noch im Umgang mit den Gegnern, den Bloß-Schönrednern und den Heuchlern einer Verständigung über die Grenzen hinweg.

Geduld gehört zu den Dingen, die man nicht oft genug zwischen uns wiederholen kann, wenn auch zahlreiche Aktiv-Geduldige gerade in diesem Kreis versammelt sind. Denn die Geduld hat bereits ein ziemlich festes, vielleicht sogar ein schon unzerstörbares Fundament für die Weiterentwicklung unserer positiven Beziehungen geschaffen. Ich möchte dazu Mieczyslaw F. Rakowski, den auch bei uns hochangesehenen Chef-Redakteur der polnischen Wochenzeitschrift "Polityka" aus seinen im "Vorwärts" (30.08.1979, S. 15ff) abgedruckten Artikel "Kein Jahrestag für mildernde Umstände: Vierzig Jahre nach Kriegsbeginn: Deutschland und Polen auf dem Wege zur Aussöhnung" zitieren: "Von Jahr zu Jahr wächst das

Klima des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens. Es erweist sich, daß man in einem solchen Klima auch schwierigste Probleme lösen kann ... Es ist schwer zu sagen, welchen Abschnitt des Weges wir noch hinter uns bringen müssen, um feststellen zu können, daß die Schatten der Vergangenheit nicht mehr auf der Gegenwart lasten. Doch weiß man, daß wir nicht auf der Stelle treten. Zwar gibt es noch immer offene Probleme, Erscheinungen, die die öffentliche polnische Meinung beunruhigen, aber die Erfahrungen des zuendegehenden Jahrzehnts lehren, daß wir die Zukunft unserer Beziehungen optimistisch sehen dürfen, denn in der gesamten Nachkriegs-Periode waren sie niemals so gut wie heute."

Das heißt nicht, daß die Beziehungen nicht auch noch wesentlich verbessert werden können und müssen, und auch nicht, daß sie sich nicht auch wieder verschlechtern könnten. Klaus Reiff, einer der deutschen aktiv-Geduldigen, wies noch unlängst in seinem sehr bemerkenswerten Aufsatz "Zukunftslinien deutscher Polen-Politik" (Die neue Gesellschaft, Heft 2/1979, S. 161ff) auf die Notwendigkeit hin, das Erreichte nicht nur zu sichern, sondern auch Vorsorge dafür zu treffen, "daß diese wahrhaft historische Wende im Verhältnis zwischen beiden Völkern prägend die zukünftige Gestaltung der Beziehungen bestimmt. Der zweifellos noch nicht beendete Normalisierungsprozeß muß so geführt werden, daß er unumkehrbar wird." Das alles erfordere nicht nur außenpolitische Aktivitäten, sondern vor allem "eine Stärkung der inneren Struktur der Beziehungen. Wir müssen unser Augenmerk richten auf die Festigung des erreichten Vertrauenskapitals, den Ausbau und die Förderung all jener Bereiche der beiderseitigen Beziehungen, die zukunftsbestimmend sind. Dazu gehört in erster Linie die Jugend beider Völker, die die Idee der Aussöhnung aufgreifen und weitertragen soll." (S. 161)

Das diese Tagung übergreifende Thema "Wege der Verständigung-Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" be-

zieht sich ausdrücklich auf die der 33. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 1978 vorgelegte polnische Deklaration "Über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens", die mit 138 Ja-Stimmen, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört, bei zwei Enthaltungen (Israel und USA) angenommen wurde (Resolution 33/79).

Es ist nicht abwegig, diese in der Welt stark beachtete polnische Friedens-Deklaration mit der von der 18. Generalkonferenz der UNESCO von Paris, 1974, verabschiedeten "Empfehlung über die Erziehung zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit und zum Weltfrieden, sowie die Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten" in Verbindung zu bringen. Worauf ich mit diesem Hinweis abheben will, ist die Tatsache der Einbettung der deutsch-polnischen Bemühungen in die der internationalen Staaten-Organisationen, wie der UNO oder der UNESCO oder auch der friedlichen Konferenzpolitik der KSZE.

Die Erklärung der Vertragsstaaten der UNESCO-Satzung, "daß, da Kriege im Geist der Menschen entstehen, auch die Bollwerke des Friedens im Geiste der Menschen errichtet werden müssen," gehört zu jenen hochherzigen Ideen, die unzählige Male blamiert worden sind. Sie hören erst dann auf, nur Teil einer Organisations-Ideologie oder auch nur bloße Phrasen zu sein und gewinnen ihre Kraft nur dann, wenn ehemals verfeindete Völker wirklich beginnen, sich praktisch auf den Weg der Verständigung zu begeben. Was heute zwischen Deutschen und Polen als Verständigungsarbeit geleistet wird, scheint mir Vorbild zu sein für andere ehemalige oder noch latent vorhandene Feindschaftsverhältnisse, an denen die sogenannte "Völkerfamilie" keinen Mangel hat, nicht zu reden von den offenen Konflikten.

Auch nur eine Zwischenbilanz der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit zu ziehen, selbst wenn ich mich auf den "Bildungsbereich" beschränken darf, fällt nicht leicht, da ich nicht alle dazugehörigen Daten kenne und diese bei der Vielzahl der

Aktivitäten auch nur sehr schwer systematisch zu erfassen sind. Im übrigen gibt es weder in der Volksrepublik Polen noch in der Bundesrepublik Deutschland eine Stelle, die einen vollständigen Überblick besitzt. Man kann jedoch in diesem Mangel auch den Ausdruck einer positiven Tatsache sehen: den lebendigen, wachsenden Strom der Austausch - Beziehungen, der sich von Jahr zu Jahr immer freier entfalten konnte.

Obwohl es zwischen beiden Staaten noch kein formelles Abkommen über Jugendzusammenarbeit und Schüleraustausch gibt, werden doch die Kontakte seit einigen Jahren ständig ausgebaut. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Bundesjugendring und der Föderation der Sozialistischen Jugendverbände Polens (FSZMB) ist zumindest eine Studiengruppe im anderen Lande jedes Jahr zu Gast. Regelmäßig werden Delegationen und Arbeitsgruppen auf verschiedenen Gebieten ausgetauscht.

Auch Kontakte der Schüler und Schulklassen werden von Jahr zu Jahr intensiver. Zur Zeit ist die Zahl der Schülergruppen, die aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen fahren, jedoch größer als die Zahl der polnischen Gruppen nach Deutschland. Diesem Umstand liegen verschiedene Ursachen zugrunde, nicht zuletzt auch die eingeschränkteren finanziellen Möglichkeiten des polnischen Partners, für den die Devisenmauern schwer überwindlich sind.

Auch Kontakte und Austausch zwischen Lehrern nehmen an Zahl zu, sowohl im Rahmen der Vereinbarungen zwischen dem polnischen Lehrerverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als auch ihrer regionalen Organisationen, wobei einige Landesverbände aktiver sind als andere.

Unter den Landeszentralen für Politische Bildung, die Reisen für Lehrer und andere "Multiplikatoren" organisieren, scheint Schleswig Holstein an der Spitze zu liegen. Das Amt für staatsbürgerliche Bildung beim Kultusministerium in Kiel unterhält seit vielen Jahren enge Austauschbeziehungen mit der Wojewodschaft

Oppeln.

Auch die Volkshochschulen und der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) pflegen solche Austauschbeziehungen, so u.a. im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem DVV und der TWP. Einen nicht unbedeutenden Anteil daran haben auch die Kirchen beider Konfessionen und insbesondere deren Akademien.

Zwischen Universitäten und Hochschulen sind förmliche Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet worden: Universität Warschau - Universität Bonn; Universität Lodz - Universität Gießen; Landwirtschaftliche Akademie Warschau - Universität Stuttgart-Hohenheim; Universität Thorn - Universität Göttingen; Universität Danzig - Universität Bremen. Obwohl formelle Vereinbarungen noch nicht abgeschlossen worden sind, bestehen seit einiger Zeit auch regelmäßige Kontakte zwischen den Wissenschaftlern der Technischen Hochschule Warschau und der Technischen Hochschule Darmstadt, der Universität Krakau und der Universität Bochum; der Bergbau-Akademie Krakau und der Technischen Hochschule Clausthal-Zellerfeld; der Medizinischen Akademie Krakau und der Medizinischen Fakultät der Universität Würzburg, der Technischen Hochschule Danzig und der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Im Rahmen der Städtezusammenarbeit wird eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Hochschule Hannover und der Technischen Hochschule Posen vorbereitet.

Außerdem gibt es einen ständigen Austausch von Wissenschaftlern der Forschungsinstitute der polnischen Akademie der Wissenschaften und der entsprechenden Max-Planck-Institute in der Bundesrepublik Deutschland. Beide Seiten beabsichtigen, diesen Kontakten auch einen formalen Status zu verleihen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang noch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die auf der Basis schon abgeschlossener Vereinbarungen fortgesetzt wird. Der Tätigkeitsbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft weist für 1978 eine ganze Reihe

von Einzelmaßnahmen und Gemeinschaftsvorhaben deutscher und polnischer Wissenschaftler aus, die von beiden Seiten gemeinsam gefördert werden. Darunter waren auch bilaterale Colloquien und Seminare, wie die gemeinsame Veranstaltung von Historikern in Freiburg, von Verwaltungsrechtlern in Regensburg oder von Ingenieur-Wissenschaftlern in Breslau. Vom 12. bis 18. September 1978 wurde ferner in Warschau unter gemeinsamer Schirmherrschaft des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der polnischen Akademie der Wissenschaften ein Symposium über die Mechanik inelastischer Medien und Strukturen durchgeführt. 1978 reisten 131 deutsche Wissenschaftler zu internationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen nach Polen, weiteren 74 wurde ein längerer Forschungsaufenthalt dort ermöglicht. Neben sieben Gast-Professuren für polnische Gelehrte an deutschen Hochschulen finanzierte die Deutsche Forschungsgemeinschaft weitere 17 Aufenthalte polnischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland für Forschungsarbeiten.

Neben DAAD und DFG und den polnischen Kooperationspartnern muß auch noch die Zusammenarbeit zwischen der Polnischen Akademie der Wissenschaften und des Ministeriums für Wissenschaften, Hochschulen und Technik, Warschau, einerseits und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Robert-Bosch-Stiftung andererseits hervorgehoben werden, die vor allem Austausch- und Förderungsprogramme für junge Wissenschaftler beider Länder finanzieren. Hinzu kommen die nirgendwo besonders registrierten Begegnungen, wie etwa die zwischen dem Historischen Seminar der Universität Warschau und der Universität Kiel.

Hervorzuheben sind auch die Städtepartnerschaften zwischen Bremen und Danzig, Göttingen und Thorn, Hannover und Posen und Nürnberg und Krakau. Schließlich ist auch an die hervorragende Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten zu erinnern.

Vieles andere ist in dieser Aufzählung gar nicht erwähnt worden: die Verbesserung der Zusammenarbeit im Archivwesen, die großen Bereiche der Kultur und der Kunst, die Musik, das Theater, der Film, die Ausstellungen in Museen und Galerien, das Verlagswesen, die Bibliotheken, die Massen-Medien, die Erleichterung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Journalisten, der Sport, dann die vielen lokalen Veranstaltungen kulturell-informativer Natur, die von den Gemeinden oder den Wojewodschaften getragen werden. Bei uns z.B. die deutsch-polnischen Wochen vieler Städte und die Aktivitäten der deutsch-polnischen Gesellschaften.

Ohne Zweifel bedeutet diese wachsende Zahl der Kontakte, Begegnungen, des Austausches, der wissenschaftlichen und künstlerischen Kooperation -vom Tourismus wäre gegebenenfalls auch noch zu reden- eine kräftige Stärkung der inneren Struktur der Beziehungen, eine Festigung des Vertrauenskapitals, von der Klaus Reiff gesprochen hatte.

Positive Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern, auf das Meinungsklima, ja auf die Politik selbst, liegen auf der Hand und lassen sich immer deutlicher nachweisen. Das ist umso bemerkenswerter, als die meisten Deutschen keine oder nur sehr geringe Kenntnisse der polnischen Sprache einbringen können. Hier wird gerade deutscherseits in Zukunft noch viel zu tun sein.

Einer alten Weisheit nach beherrschen die Toten das Bewußtsein der Lebenden. Es sind immer noch die Schatten der Vergangenheit, von denen Rakowski in dem anfangs zitierten Artikel sprach, die sich über die Gegenwart und die Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen legen. Auch der Versuch einer Zwischenbilanz muß sich des großen Einflusses bewußt sein, den die geschichtliche Erinnerung und das geschichtliche Bewußtsein auf die gegenwärtig lebenden Polen und Deutschen ausüben, Erinnerung und Bewußtsein, die zugleich sehr tief in der Emotionalität vieler Menschen verankert sind. Man wird die Aufrichtigkeit einer

Friedenspolitik und die Ehrlichkeit des Wunsches nach Versöhnung nicht zuletzt auch daran zu messen haben, ob sie auch der Emotionalität Rechnung zu tragen vermag, ohne ihr zu verfallen oder schlimmer noch, sie politisch zu manipulieren und zu mißbrauchen.

Man hat in der Bundesrepublik Deutschland bei der Beurteilung des deutsch-polnischen Geschichtsverhältnisses, insbesondere bei der Beurteilung der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen und ihrer Empfehlungen, Parallelen zu dem deutsch-französischen Geschichtsverhältnis und den Anfang der 50-iger Jahre stattgefundenen deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen ziehen wollen. Die Parallelität ist nicht ganz willkürlich, aber ihr sind doch enge Grenzen gezogen. Gewiß gibt es eine Parallelität der Motive im Gedanken der endgültigen Versöhnung. Es gibt auch eine Parallelität der Methoden. Nach den Erfahrungen und den Ergebnissen des 2. Weltkrieges konnte die historische Arbeit nicht mehr einfach an Maßstäbe der Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit anschließen, da die alte Staatenwelt in Trümmer gegangen und der politische und soziale Wandlungsprozeß im Wiederaufbau an Tiefgang und Breitenwirkung ohne Beispiel war. Wenn die historische Arbeit wieder fruchtbar und für die Erziehung der jungen Generation gewinnbringend sein sollte, dann mußte sie ihre Fragen in größere Zusammenhänge der nationalen und europäischen Geschichte stellen, um zu Antworten zu gelangen, die die zweite und größte geschichtliche Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts zu erklären vermochten; und dies nicht zuletzt besonders im Hinblick auf Deutsche und Polen und ihre Geschichte. Dies hieße dann auch hier, "Schulbücher freizumachen von den fossil gewordenen Legenden oder von den verquerten nationalistischen Formgebungen, die europäisch beurteilt, partikularistische Propagandathesen gewesen sind." (Theodor Heuss, 1953)

Damit ist aber auch schon die Parallelität deutsch-französischer und deutsch-polnischer historischer Aufarbeitung der Vergangenheit erschöpft. Ganz abgesehen von der völlig anders gelagerten Frage der Grenze, gerät sie überdies in ein anderes Licht, wenn

man auf die großen Unterschiede zwischen dem deutsch-französi-
schen und dem deutsch-polnischen Geschichtsverhältnis stößt.
Die Parallelität wird dann wieder fragwürdig. Die Unterschiede
in der historischen wie in der zeitgeschichtlichen Betrachtung
liegen auf der Hand: die nationalsozialistische Okkupation in
Frankreich hatte anders als in Polen nicht die Zerstörung des
französischen Staates, nicht die Versklavung des französischen
Volkes und nicht die Vernichtung seiner Kultur zum Ziel. Ausch-
witz und die anderen Vernichtungslager lagen nicht in Frank-
reich, sondern in Polen. Für Polen aber erschienen die natio-
nalsozialistischen Verbrechen wie eine logische, wenn auch un-
erwartet grausame Konsequenz früher deutscher Polenpolitik.
Die deutsch-polnischen Beziehungen haben daher eine ganz ande-
re Spezifik und Emotionalität, die es zu begreifen gilt als
ein Faktum des Geschichtlichen. Ich glaube, daß Ryszard Wojna
einen wichtigen Kern des deutsch-polnischen Geschichtsverhält-
nisses berührte, als er vor einigen Jahren schrieb: "Die mora-
lisch-politische Substanz unserer Beziehungen mit der Bundes-
republik Deutschland wird eine andere sein als die mit Frank-
reich. Dies ist nämlich keine Frage des politischen Programms.
Die Beziehungen mit den Deutschen haben einfach unsere natio-
nale Persönlichkeit geformt und haben wohl auch in unserem Un-
terbewußtsein Wurzeln gefaßt."

Ich habe die Frage nach der Parallelität zwischen der deutsch-
französischen und deutsch-polnischen geschichtlichen Verstän-
digung hier noch einmal zur Sprache gebracht, weil sich daran
gut zeigen läßt, warum die gemeinsame deutsch-polnische Schul-
buchkommission vor eine weitaus schwierigere Aufgabe gestellt
ist und warum sie daher auch sehr viel mehr Zeit braucht, vor
allem in der Bundesrepublik Deutschland, wo bei vielen diese
Arbeit noch nicht einmal verstanden wird.

Es erübrigt sich für unseren Kreis, auf die Entstehung dieser
Kommission, auf ihre Empfehlungen und ihre Konferenzen näher
einzugehen, da Ihnen das selber hinreichend vertraut ist. Ein
paar allgemeine Gesichtspunkte möchte ich jedoch hervorheben,

da sie zur öffentlichen und kritischen Diskussion über uns
vielleicht beitragen können.

Der geschichtswissenschaftliche Stellenwert, der aufgrund der
Empfehlungen und vor allem der sie begleitenden bzw. ihnen
folgenden Konferenzmaterialien eingeschätzt werden kann, ist
von nicht geringem Gewicht. Denn es handelt sich um nichts we-
niger als den zum ersten Male gemeinsam wissenschaftlich be-
gründeten Versuch einer Überwindung der hier wie drüben glei-
chermaßen stark ausgeprägten nationalhistorisch-antagonisti-
schen Denkmuster, die sich in vielen polnischen Schulbüchern
als ein Tausend-Jahr-Kampf-Trauma gegenüber Deutschland und in
den deutschen Schulbüchern als ein Kulturleistungssyndrom mit
Besitzanspruch niedergeschlagen hatten. Wenn unsere Arbeit frucht-
bar und für die Erziehung der jungen Generation in Polen und der
Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung werden sollte, dann muß-
te man den zu engen Horizont rein nationalgeschichtlicher Be-
trachtung der deutsch-polnischen Beziehungen ausweiten und vor
allem deutscherseits sich auch aus dem Bannkreis unkritisch tra-
dierter historischer Theorien lösen. Der sich ausweitende euro-
päische Kulturkreis des Mittelalters war eben nicht nur das Er-
gebnis eines Wirkungszusammenhanges der germanisch-romanischen
Völker, wie Ranke es gesehen und mit seiner Sicht der Dinge das
historische Bewußtsein vieler Generationen von deutschen Histo-
rikern und Geschichtslehrern geprägt hatte, sondern die slawi-
sche Kultur war von vornherein ein konstitutives und wirksames
Element darin. Methodisch wurde maßgebend - und das ist viel-
leicht die beste wissenschaftliche Frucht der Kommissionsarbeit -
der beziehungsgeschichtliche Ansatz, der bei einigen unserer
deutschen und polnischen Kollegen in ihren eigenen Forschungs-
arbeiten schon früh eine große Rolle gespielt hatte. Diesem An-
satz liegt ein spezifisches Verständnis der ganzen europäischen
Geschichte des letzten Jahrtausends zugrunde, nämlich europäische
Geschichte als "Beziehungsgeschichte" zwischen den Nationen. "In
dem, was die europäischen Nationen sind, steckt ein großes Maß
wechselseitiger gegenseitiger Konstituierung- im Guten wie im
Bösen" (Klaus Zernack). Dabei gibt es außerordentlich starke In-

tensitätsunterschiede in den europäischen Nationenbeziehungen.

Die oft zitierte Bemerkung von Mieczyslaw Rakowski: "Die Behauptung, daß sich fast jeder Pole zum Experten für deutsche Angelegenheiten berufen fühlt, kann als unbestreitbare Wahrheit gelten", hat für uns ihre Pointe darin, daß sich in diesem Satz das polnisch-deutsche Verhältnis nicht umkehren läßt. Es gibt erhebliche Unterschiede in der gegenseitigen Wahrnehmung, die auch historiographisch zu Buche geschlagen sind. "Von Polen aus gesehen (gibt es) heute nichts Wichtigeres als die Interpretation der eigenen Geschichte aus den Beziehungen mit der deutschen Geschichte. Wir haben unsererseits lange Zeit in solcher Fixierung auf unsere französische Beziehung geblickt." (Klaus Zernack)

Deshalb versuchten wir auch in unserer Einführung zu der zweisprachigen Ausgabe der 26 Empfehlungen diesen bewußtseinsgeschichtlich bedeutenden Umstand zu erklären. "Als Historiker mußten wir uns vor allem mit dem eigentümlichen Grundphänomen der sehr unterschiedlichen Gewichtung des deutsch-polnischen Problems im politischen Bewußtsein der beiden Nachbarnationen auseinandersetzen. Der stets außerordentlich starken und gezielt politisierten und aktualisierten Beachtung des deutsch-polnischen Jahrtausends auf der polnischen Seite stand auf der deutschen die fast vollständige Schrumpfung des deutschen Interesses an den zwihsennationalen Beziehungsproblemen gegenüber - es sei denn, sie wurden unter dem Aspekt deutsche Kulturleistung gesehen."

Man muß daran erinnern: Preußen-Deutschland war für lange Zeit **T e i l u n g s n a t i o n**, Polen die **g e t e i l t e** Nation." So ist also der tiefe Gegensatz, der die deutsche und die polnische Sicht der beiderseitigen Beziehungen bis in unsere Tage hinein bestimmt hat und als Erbe des Weltkriegs seit alters her teilweise noch bis heute bestimmt, im geschichtlichen Ablauf selbst begründet. Erst seit 1970 wurden Möglichkeiten und Wege sichtbar, die zur Überwindung dieser belastenden Nachwirkungen im deutsch-polnischen Verhältnis führen können. Auch die geschichts-wissenschaftliche Reflexion ist ein solcher Weg, die deutsch-polnische Schulbuchkommission meint, ihn

nutzen zu müssen." Der Wert der geschichts-wissenschaftlichen Arbeit kann daher auch gar nicht hoch genug für die Schulbuchverbesserung eingeschätzt werden.

Die durch den geschichtlichen Ablauf begründete Wahrnehmungsdiskrepanz zwischen Deutschen und Polen - deutscherseits läßt sich durchaus von "einer enormen kollektiven Verdrängung unserer Beziehungsprobleme mit Polen seit dessen Teilungen" sprechen (Klaus Zernack) - erklärt vielleicht auch zu einem guten Teil die noch fortdauernde höchst unterschiedliche Bewertung unserer Arbeit.

Der polnische Entwurf für ein Zweijahresprogramm zum deutsch-polnischen Kulturabkommen macht erneut den hohen Stellenwert deutlich, den die polnische Seite der Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission beimißt. Diese hohe positive Einschätzung beruht zum einen auf historischen und bewußtseinsgeschichtlichen Gründen, wie ich sie kurz zu charakterisieren versuchte, zum anderen mögen auch aktuelle politische Gründe maßgebend sein, wie sie etwa in der polnischen UN-Friedensnote zum Ausdruck kommen. Für beide Motive wird deutscherseits nicht immer genügend Verständnis aufgebracht. Die polnische Enttäuschung über die innenpolitische Behandlung der gemeinsamen Schulbuchkommission und ihrer Empfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland seitens einiger Länderregierungen und deren Hinwegsehen über die wiederholten Erklärungen von deutschen und polnischen Kommissionsmitgliedern über den Anfangscharakter solcher Empfehlungen und das Nichtzur-Kenntnis-nehmen der die Empfehlungen begleitenden, sie ergänzenden, differenzierenden und vertiefenden geschichtswissenschaftlichen Fachkonferenzen, die These für These und Thema für Thema der Empfehlungen im Laufe der Zeit behandeln werden bzw. schon behandelt und darüber schon publiziert haben, ist unter den o.a. Prämissen nur zu gut zu begreifen, zumal sogenannte Alternativ-Empfehlungen von sich reden machten und hier und dort auch durch einige Landespolitiker als die "bessere Wahrheit" protegiert wurden, obwohl diese nicht das Ergebnis eines

deutsch-polnischen Dialogs waren, sondern lediglich nationalistische Besserwissereien im Mantel der Scheinobjektivität.

So verständlich die polnische Enttäuschung auch ist, so problematisch scheint mir die aus Ungeduld geborene Reaktion des heftigen Insistierens zu sein oder gar, wie die polnische Seite bei den Verhandlungen zum Zweijahresprogramm vielleicht vorschlagen möchte, "der gemeinsamen Kommission den Rang und die Vorrechte zu verleihen, die den aktuellen Erfordernissen ... entsprechen." Die deutsche Gruppe in der Kommission sozusagen zu einem bundesstaatlich autorisierten Organ zu machen, das ist bei uns verfassungsrechtlich völlig unmöglich. Darauf ist deutscherseits immer wieder hingewiesen worden, sowohl durch die staatlich legitimierten Verhandlungspartner beim Kulturabkommen als auch durch deutsche Teilnehmer an den Konferenzen. Wenn wir auch in der Bundesrepublik Deutschland den Wunsch nach Berücksichtigung unserer gemeinsamen Empfehlungen bei den amtlichen Stellen immer wieder äußerten, dann nicht mit dem Bewußtsein, dabei im öffentlichen Auftrag und mit eigenen Befugnissen ausgestattet zu handeln, sondern weil wir tief davon überzeugt sind, für beide Seiten etwas Nützliches und Notwendiges zu tun, das auch der Überprüfung nach Kriterien der Wissenschaftlichkeit standzuhalten vermag.

Die Einbeziehung der Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, wie immer man ihren rechtlichen Status definieren mag, in das deutsch-polnische Kulturabkommen vom 11. Juni 1976 (Artikel 4), beruht deutscherseits jedenfalls auf dieser Einschätzung. Aber wenn es auch in der Natur von Empfehlungen liegt, daß sie keinen Rechtscharakter haben können, daß ihre Verbindlichkeit nicht darin besteht, daß man sie politisch in Kraft setzen könnte und daß sie nur durch die an ihrem Zustandekommen Beteiligten persönlich zu verantworten sind und ihre Autorität ausschließlich in der Überzeugungskraft ihrer Argumente ruht, so schließt das nicht aus, daß von ihnen nachhaltige Wirkungen auf die Gestaltung der Schulbücher in beiden Ländern ausgehen und auch schon ausgegangen sind. Hierbei können

Kulturabkommen und Zweijahresprogramme allerdings eine wichtige und unterstützende Rolle spielen.

Ebenso problematisch wie der Wunsch nach einer Quasi-Verstaatlichung der Kommission scheint mir auch der Wunsch nach "intensiverer Überwachung der Verwirklichung des Artikels 4" und nach einer zu diesen Kontrollzwecken einzusetzenden besonderen "Arbeitsgruppe" zu sein. Fragen der Schulbuchzulassung und damit auch der Überprüfung der Einhaltung gewisser Kriterien sind in der Bundesrepublik Deutschland eine Angelegenheit der dafür zuständigen Länderressorts; aber eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß sich die Länder dieses Recht beschneiden lassen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist freilich, welche grundsätzliche politische Haltung die einzelnen Landesregierungen zur Tätigkeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission insgesamt und natürlich auch zu ihren Empfehlungen und den wissenschaftlichen Konferenzen einnehmen.

Die Schulbuchkommission beschäftigt sich regelmäßig bei ihren Konferenzen mit Fragen der "Umsetzung" ihrer Arbeit in die Schulbücher beider Länder und veröffentlicht die Gutachten ihrer Experten. Es ist jedoch dringend davon abzuraten, ihr neben der Funktion der geschichtswissenschaftlichen Arbeit und auch der Schulbuchkritik die Funktion der Kontrolle zuzuweisen. Das müßte die gemeinsame Kommission in einen Gegensatz zu ihren Arbeitsvoraussetzungen bringen und könnte dann auch bald schon das Ende ihrer Tätigkeit bedeuten. Das aber darf unter keinen Umständen geschehen. Bundesminister a.D. Gerhard Jahn schrieb unlängst in einem Beitrag über unsere Arbeit: "Es gibt keine vergleichbare Anstrengung und keine vergleichbaren Ergebnisse, die erkennen lassen, wie Verträge zwischen zwei Staaten ernstgenommen und ausgefüllt werden können ... Was hier erarbeitet worden ist und weiter erarbeitet wird, geht in seiner Bedeutung über die Aufgabe von Schulbüchern hinaus. Das verständlich zu machen, darüber öffentlich zu sprechen, die Leistung, die in dieser Arbeit steckt, dadurch zu würdigen, daß man sich mit ihr auseinandersetzt, ist eine Aufgabe von

allgemeiner politischer Bedeutung ... Ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung wird es verhindern, daß solche Erörterungen in jene anmaßende und einseitige Form abgleiten können, mit der die sogenannten "Alternativ-Empfehlungen" in polemischer Form versuchen, eine sorgfältige und behutsame Gemeinschaftsarbeit einseitig zu verändern. Das Mühen um Aussöhnung verträgt keine Polemik. Der Ernst, mit dem deutsche und polnische Historiker an die Arbeit gegangen sind, verdient nicht nur, sondern erfordert, daß auch diejenigen, die sich kritisch damit auseinandersetzen, das mit dem Ernst und dem wissenschaftlichen Anspruch tun, der allein den Empfehlungen gerecht wird. Und das mit nicht weniger Geduld und Sorgfalt als die Mitglieder der gemeinsamen Kommission. Geduld und Sorgfalt sind menschliche Fähigkeiten. Staatsorgane können dafür kaum eintreten."

Tymczasowy bilans i przyszłe aspekty stosunków między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec na polu oświaty; ich oddziaływanie na społeczeństwa obu krajów.

Referat profesora dr. Waltera Mertineita
przewodniczącego delegacji Republiki Federalnej Niemiec w niemiecko-
-polskiej, wspólnej komisji podręcznikowej, wiceprezesa niemieckiej
komisji UNESCO

Bez względu na to, co w kwestiach szczegółowych trzeba będzie powiedzieć na ten temat, pragnę na wstępie przytoczyć wypowiedź mego polskiego kolegi, profesora Markiewicza. Pamiętam dobrze jego słowa, wypowiedziane na zakończenie naszej ostatniej wspólnej dyskusji radiowej w Republice Federalnej Niemiec. Przypomniał on, co powiedział kiedyś kanclerz federalny. Helmut Schmidt wyraził się mniejwięcej tak: "Kto dzisiaj angażuje się w Republice Federalnej Niemiec albo w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej na rzecz niemiecko-polskiego porozumienia i zblżenia musi mieć nie tyle odwagi ile cierpliwości." Ale chodzi tu o cierpliwość nie w sensie pasywnego godzenia się ze stanem rzeczy, znoszenia go, ile raczej w sensie aktywnej postawy we wzajemnym obcowaniu ze sobą a nawet też w obcowaniu z przeciwnikami, ^z tymi którzy głoszą piękne słowa i też z hipokrytami porozumienia po obu stronach granicy.

Cierpliwość należy do tych cech, o których powinniśmy mówić jak najczęściej we wzajemnych stosunkach, nawet jeśli wielu z tych aktywnie - cierpliwych zebrało się tu, w tym gronie. Cierpliwość stworzyła bowiem już dosyć trwałą a może nawet niezniszczalną fundament dalszego rozwoju naszych pozytywnych stosunków.

Chciałbym przytoczyć tu słowa Mieczysława F. Rakowskiego, bardzo poważanego też u nas naczelnego redaktora polskiego tygodnika "Polityka" z artykułu opublikowanego na łamach "Vorwärts" /30.8.1979, s. 15/ pod tytułem: "Nie jest to rocznica łagodzących okoliczności"; 40 lat od chwili wybuchu wojny, Niemcy i Polska na drodze do pojednania." Rakowski pisze: " Z roku na rok rośnie klimat zaufania i wzajemnego zrozumienia. Okazuje się, że w takim klimacie można rozwiązywać nawet najtrudniejsze problemy... Trudno powiedzieć, jaki odcinek drogi musimy jeszcze przebyć, aby móc stwierdzić, że cienie przeszłości nie ciążą już na teraźniejszości. Wiemy jednak, że nie stoimy w miejscu. Wprawdzie zawsze jeszcze istnieją otwarte problemy, zjawiska niepokojące polską opinię publiczną, ale doświadczenia dobiegającego końca dziesięciolecia uczą, że w przyszłość naszych stosunków możemy patrzeć optymistycznie, bo w całym okresie powojennym nie były one tak dobre, jak dzisiaj."

Nie oznacza to, że stosunki te nie mogą i nie powinny ulec poprawie ani też, że nie mogą się one znowu pogorszyć. Klaus Reiff, jeden z aktywnie cierpliwych po stronie niemieckiej zwrócił jeszcze niedawno uwagę w artykule w najwyższym stopniu godnym uwagi pod tytułem: "Linie ^{przyszłej} ~~przyszłości~~ niemieckiej polityki wobec Polski"

/Die Neue Gesellschaft, Zeszyt 2. 1979, s. 161/ na konieczność nie tylko zabezpieczenia tego, co już osiągnięto, lecz także zatroszczenia się o to, by "ten naprawdę historyczny zwrot w stosunkach między obu narodami wycisnął swe piętno na przyszłym kształcie stosunków. Trwający jeszcze niewątpliwie proces normalizacji musi być prowadzony tak, by stał się nieodwracalnym." Wszystko to wymaga nie tylko aktywności w polityce zagranicznej, lecz przede wszystkim "umocnienia wewnętrznej struktury stosunków." Musimy kierować uwagę na utrwalenie zdobytego już kapitału zaufania, na rozbudowę i popieranie tych wszystkich dziedzin we wzajemnych stosunkach, które mają decydujące znaczenie dla przyszłości. Do tego należy w pierwszym rzędzie młodzież obu narodów, która powinna podchwycić ideę pojednania i ponieść ją w przyszłość." /s.161/

Temat przewodni niniejszej konferencji: "Drogi do porozumienia - wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową" nawiązuje wyraźnie do deklaracji przedłożonej przez delegację polską na 33. sesji Zgromadzenia Ogólnego Narodów Zjednoczonych w dniu 15. grudnia 1978: "O wychowaniu narodów w duchu pokoju", która została przyjęta 138 głosami, w tym także Republiki Federalnej Niemiec, przy czym dwa kraje - Izrael i USA - wstrzymały się od głosu. /Rezolucja 33/79/

Nie jest chyba błędem podkreślenie związków zachodzących między tą polską deklaracją pokojową, która spotkała się z dużym zainteresowaniem na świecie a uchwalonymi przez 18. Generalną Konferencję UNESCO

w Paryżu w roku 1974 -ym "Zaleceniami w sprawie wychowania do międzynarodowego porozumienia, współpracy i dla pokoju na świecie, a także wychowania do poszanowania praw człowieka i podstawowych swobód." Zwracając na to uwagę, chcę powiedzieć, że niemiecko-polskie starania należą do całokształtu starań międzynarodowych organizacji, takich jak ONZ czy UNESCO ale też do pokojowej polityki konferencji, której wyrazem jest KBWE.

Deklaracja państw-sygnatariuszy statutu UNESCO mówiąca: "Pomieważ wojny powstają w umysłach ludzi, trzeba też w umysłach ludzi tworzyć opoki pokoju" należy do wielkodusznych idei, które zostały jednak wielokrotnie w dziejach skompromitowane. Przystają one dopiero wtedy być częścią ideologii danej organizacji lub czystym frazesem i uzyskują tylko wtedy siłę i potęgę, jeżeli skłócone kiedyś narody naprawdę udają się w praktyce na drogę porozumienia.

Dzisiejsza działalność na rzecz porozumienia między Niemcami a Polakami wydaje mi się być przykładem dla innych dawnych lub istniejących jeszcze pod powierzchnią, stosunków wrogich między narodami, których nie brakuje w tak zwanej rodzinie narodów, nie mówiąc już o otwartych konfliktach.

Zestawienie choćby tylko tymczasowego bilansu niemiecko-polskiej działalności na rzecz porozumienia, nawet jeśli wolno mi tu ograniczyć się do pracy oświatowej, nie jest łatwe, gdyż nie znam wszystkich danych z tego zakresu, a w obliczu rozlicznych aktywności, trudno je usystematyzować. Resztą ani w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

ani też w Republice Federalnej Niemiec nie ma instancji, która dysponowałaby wszystkimi danymi i posiadała pełny wgląd we wszystkie aktywności. W tym braku można jednak też dostrzegać fakt pozytywny, mianowicie żywą, coraz szerszą wymianę, która z roku na rok rozwija się coraz bardziej swobodnie.

Chociaż między obu krajami nie zawarto jeszcze formalnej umowy o współpracy młodzieżowej wymianie uczniowskiej, to jednak już od kilku lat kontakty takie są stale rozbudowywane. Na mocy porozumienia zawartego między Federalną Radą Młodzieży a Federacją Socjalistycznych Związków Młodzieży Polskiej FSZMP, rok rocznie przynajmniej jedna grupa studyjna bawi w drugim kraju. Regularnie wymieniane są delegacje i grupy robocze w różnych dziedzinach.

Z roku na rok ulegają też intensyfikacji kontakty uczniów i klas szkolnych. W chwili obecnej wyjeżdża jednak więcej grup uczniowskich z Republiki Federalnej Niemiec do Polski niż polskich grup do Niemiec. Powody tego stanu rzeczy są różne, należą do nich bardziej ograniczone możliwości finansowe polskiego partnera, któremu nie łatwo pokonywać mury dewizowe.

Wzrasta też liczba kontaktów, bardziej intensywną staje się wymiana nauczycieli, tak w ramach porozumień Związku Nauczycielstwa Polskiego ze Związkiem Zawodowym Pracowników Nauki i Oświaty, jak i ich regionalnych organizacji, przy czym zaznaczyć należy, że niektóre organizacje krajowe /w Republice Federalnej Niemiec/ są bardziej aktywne od innych.

Pośród krajowych ośrodków szkolenia politycznego, które organizują podróże nauczycieli, instruktorów i innych osób działających na polu oświaty lub wychowania społecznego, Szlezwik-Holsztyn zdaje się zajmować czołowe miejsce. Urząd do spraw kształcenia obywatelskiego przy ministerstwie kultury w Kilonii utrzymuje już od wielu lat ścisłe kontakty i organizuje wymianę z województwem opolskim.

Uniwersytety Ludowe oraz Zrzeszenie Niemieckich Uniwersytetów Ludowych DVV utrzymują także kontakty i prowadzą wymianę, między innymi w ramach porozumienia zawartego między DVV a TWP. Niemały udział mają w tym także kościoły obu wyznań a szczególnie ich akademie.

Następujące uniwersytety i wyższe uczelnie podpisały formalne porozumienia kooperacyjne: Uniwersytet Warszawski z Uniwersytetem w Bonn, Uniwersytet Łódzki z Uniwersytetem w Giessen, Warszawska Akademia Rolnicza z Uniwersytetem Sztuttgart-Hohenheim, Uniwersytet Toruński z Uniwersytetem w Getyndze, Uniwersytet Gdański z Uniwersytetem w Bremie. Chociaż nie zawarto jeszcze formalnych porozumień, to jednak istnieją już od pewnego czasu regularne kontakty naukowców Politechniki Warszawskiej z Technicznym Uniwersytetem w Darmsztadcie, Uniwersytetu Krakowskiego z Uniwersytetem w Bochum, Akademii Górniczo-Hutniczej w Krakowie i Wyższej Szkoły Technicznej w Clausthal-Zellerfeld, Akademii Medycznej w Krakowie i Wydziału Medycyny na Uniwersytecie w Wyrzburgu, Politechniki Gdańskiej i Wyższej Szkoły Technicznej w Karlsruhe.

W ramach współpracy miast przygotowuje się porozumienie o kooperacji Wyższej Szkoły Technicznej w Hanowerze z Politechniką Poznańską.

Ponadto istnieje stała wymiana naukowców instytutów badawczych Polskiej Akademii Nauk z odpowiednimi instytutami Maxa Plancka w Republice Federalnej Niemiec. Obie strony zamierzają nadać tym kontaktom charakter formalny. W tym kontekście wypada podkreślić dobrą współpracę Niemieckiej Służby Wymiany Akademickiej DAAD i Niemieckiego Towarzystwa Badań Naukowych DFG, która będzie kontynuowana w oparciu o zawarte już porozumienia. Sprawozdanie z działalności DFG za rok 1978 zawiera cały szereg indywidualnych i zespołowych aktywności naukowców niemieckich i polskich, popieranych przez obie strony. Należały do nich bilateralne kolokwia i seminaria, takie jak wspólna konferencja historyków we Fryburgu, konferencja ekspertów prawa administracyjnego w Ratyzbonie, czy też ekspertów nauk inżynierskich we Wrocławiu. Od 12. do 18. września 1978 odbyło się w Warszawie pod patronatem prezesa Niemieckiego Towarzystwa Badań Naukowych DFG i Polskiej Akademii Nauk sympozjum poświęcone mechanice nieelastycznych m^ediów i struktur.

W roku 1978-ym 131 naukowców niemieckich brało udział w międzynarodowych imprezach naukowych w Polsce, 74 miało możliwość przebywać w Polsce dłużej i prowadzić badania naukowe. DFG zaprosiło 7-miu naukowców polskich na gościnne wykłady na wyższych uczelniach, a 17-tu innym umożliwiło prowadzenie badań naukowych w Republice Federalnej Niemiec.

Obok aktywności DAAD i DFG oraz ich polskich partnerów należy jeszcze wymienić współpracę Polskiej Akademii Nauk oraz Ministerstwa Nauki Szkolnictwa Wyższego i Techniki w Warszawie z Fundacją imienia

Alexandra von Humboldta i Fundacją imienia Roberta Boscha, które finansują przede wszystkim programy pomocy i wymiany młodych naukowców obu krajów. Do tego dochodzą jeszcze ^{nie} nigdzie zarejestrowane kontakty, takie na przykład jak spotkania seminariów historii Uniwersytetu Warszawskiego i Uniwersytetu w Kilonii.

Podkreślić należy też istnienie partnerskich porozumień między Bremą a Gdańskiem, Getyngą i Toruⁿniem, Hanowerem i Poznaniem, Norymbergą i Krakowem. A wreszcie warto też wspomnieć o pierwszorzędnej współpracy Fundacji imienia Friedricha Eberta z Polskim Instytutem Spraw Międzynarodowych.

Wielu spraw nie uwzględniono w tym wyliczeniu, między innymi poprawy współpracy między archiwami, współdziałania w rozległych dziedzinach kultury i sztuki, muzyki, teatru i filmu; nie wspomniałem o wystawach organizowanych w muzeach i galeriach, o współpracy wydawnictw, bibliotek i środków masowego przekazu o ułatwieniu pracy dziennikarzy i udzielanej im pomocy, o sporcie, licznych lokalnych imprezach kulturalno-informacyjnych, organizowanych przez zarządy miast i gmin, czy też przez województwa. Mam tu na przykład na myśli niemiecko-polskie tygodnie organizowane u nas przez wiele miast oraz działalność Towarzystw Niemiecko-Polskich.

Ta rosnąca liczba kontaktów i spotkań, ta wymiana, współpraca naukowa i artystyczna - nie mówiąc już o turystyce - stanowi niewątpliwie poważne umocnienie wewnętrznej struktury stosunków, zwiększenie kapitału zaufania, o czym mówił Klaus Reiff.

Pozytywne oddziaływanie tych aktywności na opinię publiczną w obu krajach, na klimat opinii, a nawet samą politykę jest oczywiste i coraz łatwiej je udowodnić. Jest to ^{bardziej} godne uwagi, że większość Niemców nie zna w ogóle języka polskiego albo posiada tylko bardzo słabą jego znajomość. Po tym względem pozostaje jeszcze w przyszłości wiele do zrobienia po stronie niemieckiej.

Stara sentencja mówi, że umarli panują nad świadomością żywych. Zawsze jeszcze cienie przeszłości, o których Rakowski mówił w cytowanym na wstępie artykule ciążą na aktualnych i przyszłych stosunkach między Niemcami a Polakami.

Podjęwając próbe zestawienia tymczasowego bilansu trzeba uświadomić sobie ogromny wpływ historycznych wspom^{nień} i świadomości historycznej na żyjących współcześnie Polaków i Niemców, wspom^{nień} i świadomości głęboko zakorzenionych w warstwach emocjonalnych człowieka.

Rzetelność polityki pokojowej i uczciwego pragnienia pojednania trzeba w niemałym stopniu oceniać podług ^e tego, czy jest ona w stanie uwzględnić te emocjonalne aspekty, nie popadając w emocjonalizm lub co gorzej manipulując ^{je} i nadużywając ~~je~~ politycznie.

Oceniając historyczne stosunki niemiecko-polskie, szczególnie zaś przebieg niemiecko-polskich konferencji podręcznikowych i treść ich zaleceń, wskazywano w Republice Federalnej Niemiec niejednokrotnie na podobieństwo problematyki niemiecko-francuskiej i na przebieg niemiecko-francuskich konferencji podręcznikowych z początku lat 50 -ych. Porównania takie nie są całkowicie błędne ale zbieżności

tu zachodzące są jednak niezbyt duże. Istnieje oczywiście zbieżność motywów w całokształcie idei ostatecznego pojednania, nie brakuje też pewnych zbieżności metod. Po doświadczeniach i rezultatach II wojny światowej praca historyków nie mogła po prostu nawiązać do kryteriów dziejopisarstwa z okresu międzywojennego, bo stary świat układów państwowych legł w gruzach a proces przemian politycznych i społecznych, jakie zachodziły w trakcie odbudowy był tak głęboki i miał tak szerokie oddziaływanie, jak nigdy przedtem. Aby praca historyków mogła stać się znowu ^oważną i pożyteczną dla wychowania młodego pokolenia, historiozofia musiała odtąd rozpatrywać problemy w szerszym kontekście dziejów narodowych i europejskich, aby znaleźć odpowiedzi, które mogły wyjaśnić drugą i największą historyczną katastrofę 20-go wieku; dotyczy to w niemałym stopniu Niemców i Polaków oraz ich historii. Oznaczało to też "uwolnienie podręczników od skamieniałych legend i nacjonalistycznych pojęć, które z punktu widzenia historii Europy stanowią partykularne tezy propagandowe." /Theodor Heuss, 1953/

Na tym kończy się już zbieżność niemiecko-francuskiej i niemiecko-polskiej historiozoficznej rozprawy z przeszłością. Pomijając całkowicie odmienną problematykę granic, przedstawia się ona w odmiennym świetle w chwili gdy natkniemy się na wielką różnicę między niemiecko-francuskimi i niemiecko-polskimi stosunkami na przestrzeni dziejów. Wtedy wszelka zbieżność staje się wątpliwa. Różnice, tak jeśli chodzi o historię dawniejszą, jak i nowoczesną są oczywiste. Nazistowska okupacja Francji, inaczej niż w wypadku

Polski, nie zmierzała do zburzenia państwa francuskiego, do przekształcenia narodu francuskiego w społeczność niewolników i zniszczenia jego kultury. Oświęcim i inne obozy zniszczenia nie znajdowały się we Francji lecz w Polsce. Polska oceniała zbrodnie narodowych-socjalistów jako logiczną, choć nieoczekiwanie okrutną konsekwencję dawnej niemieckiej polityki wobec ^{Polski}. Dlatego też stosunki niemiecko-polskie mają inną specyfikę i inną wagę emocjonalną, którą należy pojmować i rozumieć jako fakt wynikający z doświadczeń historycznych. Zdaje mi się, że Ryszard Wojna dotknął ważnego sedna niemiecko-polskich stosunków na przestrzeni dziejów, gdy kilka lat temu pisał: "Moralno-polityczna substancja naszych stosunków z Republiką Federalną Niemiec będzie ^uinną niż w stosunkach z Francją, nie jest to bowiem kwestią programu politycznego. Stosunki z Niemcami kształtowały po prostu naszą narodową osobowość i chyba zakorzeniły się też w naszej podświadomości." Poruszyłem tu raz jeszcze kwestię zbieżności niemiecko-francuskiego i niemiecko-polskiego historycznego porozumienia, gdyż można na tym przykładzie wykazać, dlaczego wspólna, niemiecko-polska komisja podręcznikowa stoi przed znacznie trudniejszym zadaniem i dlaczego potrzebuje ona o wiele więcej czasu, przede wszystkim w Republice Federalnej Niemiec, gdzie wielu ludzi nie rozumie nawet jej pracy. W zebranych tu gronie nie muszę mówić o powstaniu tej komisji, o jej zaleceniach i konferencjach, gdyż znają Państwo dostatecznie dobrze te sprawy. Chciałbym jednak zwrócić uwagę na kilka ogólnych punktów

widzenia, gdyż mogą one być może stać się przyczynkiem do publicznej i krytycznej dyskusji o naszej pracy. Jej historyczna waga, którą można ocenić na podstawie samych zaleceń ale przede wszystkim też na podstawie materiałów z konferencji związanych z nimi, jest stosunkowo poważna. Chodzi tu bowiem o pierwszą naukowo udokumentowaną wspólną próbę pokonania silnych w obu krajach nacjonalistyczno-antagonistycznych wzorców myślowych, które w wielu polskich podręcznikach pojawiały się w postaci traumy tysiącletniej walki z Niemcami, a w podręcznikach niemieckich jako syndrom osiągnięć kulturalnych z roszczeniami do prawa posiadania. Jeśli praca nasza miała być owocna i odegrać pewną rolę w wychowywaniu młodego pokolenia w Polsce i Republice Federalnej Niemiec, trzeba było rozszerzyć zbyt ciasny horyzont oceny stosunków niemiecko-polskich pod kątem widzenia historii narodowej przede wszystkim po stronie niemieckiej wy dostać się z zakłętą koła bezkrytycznie przyjętych, tradycyjnych teorii historycznych. Zwiększający się europejski krąg kulturalny średniowiecza nie był wynikiem współdziałania ludów germańskich i romańskich, jak twierdził Ranke, który swoim spojrzeniem na wydarzenia wycisnął piętno na świadomości historycznej wielu pokoleń historyków i nauczycieli historii w Niemczech. Kultura słowiańska była w tym kręgu od samego początku konstytutywnym i skutecznym elementem. Metodycznie miarodajną rolę odegrały pewne załączki oceny wydarzeń historycznych w szerszym kontekście, które w pracach badawczych niektórych naszych niemieckich i polskich kolegów już bardzo wcześnie odegrały ważną rolę. Być może jest to najlepszym

naukowym owocem naszej pracy. Załączki te rezultują ze specyficznego pojmowania całej historii europejskiej minionego tysiąclecia, mianowicie z jej oceny jako "historii stosunków" między narodami. "W tym wszystkim, czym są dziś narody europejskie tkwi duża doza wzajemnego oddziaływania w dobrym i złym sensie." /Klaus Zernack/. Istnieją przy tym bardzo poważne różnice, jeżeli chodzi o intensywność tych stosunków między narodami europejskimi. Cytowana wielokrotnie uwaga Mieczysława Rakowskiego: "Teza, że prawie każdy Polak czuje się powołany na eksperta spraw niemieckich może uchodzić za niezbitą prawdę" - ma dla nas punktę polegającą na tym, że zdania tego nie można odwrócić i zastosować w odniesieniu do Niemców. Istnieją poważne różnice, jeżeli chodzi o wzajemne zainteresowanie, które nie pozostają bez wpływu na historiografię. "Z punktu widzenia Polski nic dzisiaj nie jest tak ważne, jak interpretacja własnej historii w oparciu o powiązania z historią niemiecką. My ze swej strony byliśmy przez długi czas tak samo zahipnotyzowani kontaktami z historią Francji." /Klaus Zernack/

Dlatego też staraliśmy się wyjaśnić ten ważny dla świadomości historycznej fakt we wstępie do dwujęzycznego wydania naszych 26 zaleceń: "Jako historycy musieliśmy zająć się przede wszystkim charakterystycznym fenomenem przyznawania bardzo różnej wagi problematyce stosunków niemiecko-polskich w świadomości politycznej obu sąsiednich narodów.

Niezwykle silnemu, celowo polityzowanemu i aktualizowanemu spojrzeniu na niemiecko-polskie tysiąclecie po stronie polskiej towarzyszyło po stronie niemieckiej całkowite niemal skurczenie się zainteresowania problemami stosunków między obu narodami, chyba że oceniano je pod aspektem niemieckich wpływów i osiągnięć kulturalnych."

"Należy tu przypomnieć, że Prusy, symbolizujące Niemcy były przez długi czas krajem, który brał udział w rozbiorach Polski, Polska natomiast była narodem podzielonym. Głębokie przeciwieństwa, decydujące o niemieckim i polskim spojrzeniu na wzajemne stosunki aż do naszych czasów, które jako dziedzictwo wojny zachowały się po dzień dzisiejszy mają więc swoje uzasadnienie w ^asymym toku wydarzeń historycznych. Dopiero od roku 1970 zaczęto dostrzegać możliwości i drogi, mogące prowadzić do pokonania tych obciążających następstw wydarzeń historycznych w stosunkach niemiecko-polskich. Jedną z takich dróg jest naukowa refleksja historyczna, niemiecko - polska komisja podręcznikowa uważa, że powinna z niej skorzystać. Dlatego też praca w zakresie nauk historycznych ma bardzo wysoką rangę, jeżeli chodzi o poprawę podręczników.

Uwarunkowany rozwojem historycznym różny stopień zainteresowania wzajemnymi sprawami po stronie niemieckiej i polskiej - przy czym w wypadku Niemiec można mówić o kolosalnym, kolektywnym wypieraniu ze świadomości problematyki naszych stosunków z Polską od czasu rozbiorów. /Klaus Zernack/ - by^omoże tłumaczy też, przynajmniej w niemałym stopniu, notowaną jeszcze, bardzo zróżnicowaną ocenę naszej

pracy.

Polski projekt programu realizacji niemiecko-polskiego porozumienia o wymianie kulturalnej ^Iraz jeszcze podkreśla wagę, jaką strona polska przywiązuje do pracy wspólnej niemiecko-polskiej komisji podręcznikowej. Ta pozytywna ocena ma z jednej strony podłoże historyczne i opiera się na świadomości historycznej, którą starałem się po krótkce opisać; z drugiej strony być może miarodajne są tu aktualne względy polityczne, które znajdują też swoje odbicie w polskiej nocie pokojowej ONZ. Dla obu motywów po stronie niemieckiej brak często należytego zrozumienia. Rozczarowanie strony polskiej sposobem, w jaki traktowana jest wspólna komisja podręcznikowa i jej zalecenia w ^Republice ^Federalnej Niemiec przez niektóre rządy krajowe, zawód z powodu nieuwzględniania wielokrotnie powtarzanych opinii niemieckich i polskich członków komisji o tym, że zalecenia są tylko początkiem, fakt, że Konferencje fachowe historyków, które uzupełniają, pogłębiają i opracowują szczegóły - a z czasem opracują wszystkie tezy i tematy zaleceń, względnie już opracowały niektóre z nich i opublikowały odpowiednie rezultaty - nie są przyjmowane do wiadomości, wszystko to stanowi w najwyższym stopniu zrozumiały powód rozczarowania. Tymbardziej, że ukazały się tak zwane zalecenia alternatywne, protegowane przez niektórych polityków rządów krajowych jako "lepszą prawdą", chociaż nie były one wynikiem dialogu niemiecko-polskiego lecz wyrazem nacjonalistycznej przemądrzałości pod płaszczykiem pseudoobjektywizmu.

Chociaż rozczarowanie strony polskiej jest jaknajbardziej zrozumiałe, to jednak wydaje mi się być problematyczną zrodzona z niecierpliwości reakcja polegająca na uporczywej interwencji albo na próbie wystąpienia w negocjacjach nad dwurocznym planem z propozycją " przyznania wspólnej komisji rangi i przywilejów ... odpowiadających aktualnym wymogom." Przekształcenie niemieckiej grupy komisji w rodzaj organu federalnego z odpowiednimi uprawnieniami jest u nas z uwagi na postanowienia konstytucji całkowicie wykluczone.

Po stronie niemieckiej wielokrotnie zwracali na to uwagę tak oficjalnie kompetentni partnerzy rozmów w sprawie zawarcia umowy o wymianie kulturalnej jak i niemieccy uczestnicy konferencji. Jeżeli w Republice Federalnej wielokrotnie wyrażaliśmy wobec władz oficjalnych życzenie wprowadzenia w życie zaleceń, to czyniliśmy to nie dlatego, że sądziliśmy, iż występujemy z polecenia społecznego i realizujemy swoje kompetencje, lecz dlatego, że jesteśmy głęboko przekonani o tym, iż dla obu stron czynimy to, co jest pożyteczne i potrzebne, co może też w pełni zadośćuczynić krytycznym wymogom naukowym.

Włączenie pracy wspólnej niemiecko-polskiej komisji podręcznikowej do niemiecko-polskiej umowy o wymianie kulturalnej z 11. ⁵ czerwca 1976 /Artykuł 4/ - bez względu na to, jak określimy status tej komisji - było przynajmniej po stronie niemieckiej wynikiem powyższej oceny. Chociaż jednak zalecenia siłą rzeczy nie mogą mieć charakteru prawnego, a ich rola jako obowiązującego strony postanowienia nie

polega na tym, że można decyzją polityczną ^udziałać, by weszły w życie, chociaż odpowiedzialność za nie ponoszą osobiście ci, którzy przyczynili się do ich sformułowania, a ich autorytet polega wyłącznie na sile przekonywania argumentów, to jednak nie można wykluczyć, że mogą one wyrzeć i już wywarły trwałe wpływy na treść i formę podręczników w obu krajach. Umowy kulturalne i dwuletnie programy ich realizacji mogą oczywiście odegrać tu rolę elementu pomocniczego.

Tak samo problematyczne jak życzenie, by komisje niejako upaństwowiono wydaje mi się też być życzenie - "bardziej intensywnej kontroli realizacji ^aartykułu 4 i powołania specjalnej grupy roboczej do sprawowania tej kontroli. Zagadnienia związane z dopuszczeniem danego podręcznika, a tym samym też zagadnienie kontroli, czy spełniają one pewne obowiązujące kryteria są w Republice ^Federalnej Niemiec wyłącznie sprawą krajów związkowych - a prędyż chyba wielbłąd przejdzie przez ucho igielne, niż kraje związowe dopuszczą do ograniczenia ich kompetencji. Oczywiście decydującą rolę odgrywa przy tym zasadnicza postawa polityczna poszczególnych rządów krajowych wobec działalności wspólnej niemiecko-polskiej komisji podręcznikowej w ogóle i oczywiście też wobec jej zaleceń i konferencji.

Komisja podręcznikowa zajmuje się na swych konferencjach regularnie zagadnieniem praktycznej realizacji wyników jej pracy w podręcznikach obu krajów i publikuje ekspertyzy swych ^b rzeczoznawców. Pragnę jednak ostrzec przed nałożeniem na nią ^b obowiązku kontroli

oprócz pracy naukowej i krytyki podręczników. W ten sposób komisja znalazłaby się bowiem w pozycji sprzecznej z pierwotnymi warunkami jej pracy, a to mogłoby rychło położyć kres jej działalności. Do tego w żadnym wypadku dojść nie powinno. Były minister federalny Gerhard Jahn pisał niedawno o naszej pracy: " Nie ma wysiłków ani ich rezultatów, które możnaby z nią porównać, a które byłyby dowodem na to, jak poważnie można traktować umowy między dwoma państwami i wprowadzić je w życie ... To, co opracowano tu i co jeszcze się opracowuje wychodzi poza ramy podręczników. Wyjaśnianie tego, mówienie o tym publicznie, honorowanie pracy kryjącej się za tym poprzez dyskusję nad tymi sprawami ma ogólne znaczenie polityczne... Poważna dyskusja naukowa nie pozwoli, by rozprawa stała się jednostronną i arogancką. W taki bowiem sposób tak zwane "zalecenia alternatywne" próbują polemicznie, jednostronnie zmienić troskliwie i delikatnie realizowaną wspólną pracę. Starania o pojednanie nie znoszą polemiki. Powaga, z jaką Niemcy i Polacy historycy zabrali się do pracy, nie tylko zasługuje na to, lecz wręcz wymaga, by ci, którzy rozprawiają się z tą pracą krytycznie czynili to z powagą i na takim poziomie naukowym, który dorównuje zaleceniom, i też z nie mniejszą cierpliwością i troskliwością niż członkowie wspólnej komisji. Cierpliwość i troskliwość są cechami ludzkimi, organy państwowe raczej nie mogą wystąpić w ich obronie."

+++++

Romuald Jeziński
V-minister Oświaty i Wychowania

Deklaracja ONZ nt. wychowania dla pokoju jako środek porozumienia i pogłębienia współpracy międzynarodowej - rewizja podręczników szkolnych jako zadanie i wspólny wkład PRL i RFN do utrwalenia pokoju

Nasze dzisiejsze spotkanie charakteryzuje się splotem dwóch okoliczności. Po pierwsze - Polacy i Niemcy spotykają się przy stole dyskusyjnym w 40 rocznicą napaści Niemiec hitlerowskich na Polskę. Po drugie - tematem spotkania jest wychowanie dla pokoju. Skłonić nas to powinno do głębszej refleksji, spojrzenia wstecz - a jednocześnie spojrzenia w przyszłość.

Polska wystąpiła z inicjatywą w sprawie wychowania dla pokoju wychodząc z założenia, że tragiczne doświadczenia naszego narodu, zwłaszcza z okresu II wojny światowej, dają nam szczególne prawo i obowiązek wysuwania wobec całej społeczności międzynarodowej propozycji zmierzających do zapobieżenia nowemu kataklizmowi wojennemu. Nasze zaangażowanie w tym względzie wynika również

z zasad ustrojowych Polski jako państwa socjalistycznego, dla którego sprawy pokoju, bezpieczeństwa, pokojowego współżycia i współpracy między narodami są celami nadrzędnymi.

Inicjatywa polska sformułowana najpierw w przemówieniu Edwarda Gierka na forum ONZ w 1974 roku ma swój daleki rodowód w tradycji polskiej myśli politycznej. Pozostaje ona w intelektualnej i moralnej łączności z ideami wielkich myślicieli i reformatorów systemu kształcenia i wychowania w Polsce z okresu Odrodzenia i Oświecenia, jak Paweł Włodkowic i Stanisław ze Skarbimierza, Andrzej Frycz-Modrzewski, Stanisław Konarski, Stanisław Staszic, Hugo Kołłątaj.

Idea wychowania społeczeństw w duchu pokoju jest również ściśle powiązana z doświadczeniami, których nie szczędziła nam historia. Tkwi ona w tradycji walk narodowowyzwoleńczych Polaków w okresie rozbiorów i udziału polskich bojowników w walkach o wolność naszą i waszą poza granicami kraju. Godne podkreślenia jest też pokrewieństwo naszej inicjatywy z ideami wyrażonymi w Karcie Narodów Zjednoczonych, w wielu deklaracjach i rezolucjach ONZ oraz w Konstytucji UNESCO oraz z dorobkiem tej organizacji w dziedzinie wychowania dla pokoju. Polska była jednym ze współautorów obszernej i szczegółowej rekomendacji UNESCO z 19.XI.1974 r. w sprawie wychowania dla międzynarodowego zrozumienia, współpracy i pokoju oraz wychowania dotyczącego praw człowieka i podstawowych swobód. Problematyka ta znalazła się w centrum uwagi *J. Sekretaria KC PZPR.*

Edwarda Gierka, w jego przemówieniu wygłoszonym na zakończenie Konferencji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie 31.VII.1975 r. w Helsinkach. Podczas obrad Spotkania Belgradzkiego delegacja polska przedstawiła 11.XI.1977 r. propozycję w sprawie wychowania dla pokoju, jako istotnego elementu w urzeczywistnianiu celów, zasad i zaleceń Aktu Końcowego KBWE.

Nośność, aktualność, uniwersalny charakter oraz rodowód głoszonych przez nas idei sprawiły, iż polski projekt deklaracji przyjęty został na forum Organizacji Narodów Zjednoczonych jako zebranie i uwieńczenie dotychczasowych propozycji i działań zmierzających do przygotowania społeczeństw do życia w pokoju.

x x x

Wykonywanie Deklaracji jest sprawą nie tylko oficjalnych organów państwowych. Podmiotami, a zarazem adresatami Deklaracji są rządy, Organizacja Narodów Zjednoczonych i jej agencje wyspecjalizowane - zwłaszcza UNESCO, a także inne zainteresowane organizacje i instytucje krajowe i międzynarodowe, rządowe i pozarządowe.

Przedmiotem Deklaracji jest wychowanie dla pokoju. Ze zrozumiałych względów autorzy dokumentu nie podejmowali prób rozstrzygnięcia kontrowersji definicyjnych w zakresie

obu tych pojęć. Z analizy debaty w ONZ oraz preambuły Deklaracji wynika jednak, iż pokój nie jest tu traktowany zawężająco w kategoriach bezpieczeństwa militarnego, lecz szeroko i dynamicznie, w kontekście uwarunkowań ekonomicznych, społecznych i kulturalnych. Jest on celem, a zarazem warunkiem postępu i rozwoju społecznego, sprawiedliwości społecznej, poszanowania praw człowieka, współpracy i wymiany zdobyczy cywilizacji między narodami oraz wspólnego przeciwdziałania zjawiskom negatywnie oddziałującym na rozwój ludzkości. Podobnie szeroko rozumiane jest wychowanie, obejmujące nie tylko wszelkie zjawiska spontaniczne czy intencjonalne związane z kształtowaniem osobowości człowieka, ale także socjalizację, mającą za zadanie wpajanie jednostce przez otoczenie cech czyniących ją zdolną do życia w społeczeństwie. W tym ujęciu postulat wychowania dla pokoju pozbawiony zostaje cech zbędnego moralizatorstwa, a staje się programem praktycznego i konstruktywnego zaangażowania indywidualnego i zbiorowego dla osiągnięcia celów wytyczonych przez Deklarację.

Deklaracja formułuje zasady, których przestrzeganie przez państwa jest konieczne dla ustanowienia, utrzymania i umocnienia sprawiedliwego i trwałego pokoju. Na pierwszym miejscu sformułowano podstawowe prawo, którego poszanowanie warunkuje realizację wszystkich innych praw, a mianowicie prawo narodów i istot ludzkich do życia w pokoju. W rozumieniu polskiej polityki zagranicznej jest to fundament, na którym musi opierać się porządek międzynarodowy, zaś stosunek państw i rządów do tego prawa jest naj-

wyższym, ostatecznym sprawdzianem intencji humanistycznych. Żadne prawa i swobody polityczne, społeczne czy ekonomiczne nie mogą być rzeczywiście i w pełni realizowane dopóki prawo do życia w pokoju nie zostanie uznane w powszechnej praktyce politycznej.

x x x

Jest oczywiste, że realizacja Deklaracji o przygotowaniu społeczeństw do życia w pokoju wymagać będzie podjęcia odpowiednich i zróżnicowanych zabiegów edukacyjno-wychowawczych, skierowanych do młodzieży oraz całego społeczeństwa za pośrednictwem instytucji szkolnych, środków masowego przekazu i właściwych organizacji społecznych. W każdym kraju przedsięwzięcia te będą dostosowane do konkretnych warunków, specyfiki struktur społecznych, systemów wychowawczych, organizacji i zasad funkcjonowania środków masowego przekazu. Nie ulega natomiast wątpliwości, że wszędzie działania te powinny zmierzać w dwóch kierunkach: po pierwsze - do eliminowania wszystkiego, co stoi w sprzeczności lub utrudnia przygotowanie społeczeństw do życia w pokoju i - po drugie - do nasycenia programów nauczania, podręczników, publikacji i widowisk treścią sprzyjającą kształtowaniu postaw nacechowanych wolą pokojowej współpracy i zbliżenia między narodami. W niektórych krajach może to prawdopodobnie wymagać wprowadzenia odpowiedniego ustawodawstwa lub zmiany dotychczasowego, opracowania zaleceń władz oświatowych dla wszystkich typów i szczebli szkolnictwa, szerokiego włączenia się środowisk twórczych i organizacji społecznych itd.

Jednym z ważnych kierunków współpracy państw na rzecz wychowania dla pokoju jest wzajemna weryfikacja

podręczników szkolnych. Jak wiadomo, w końcu lat sześćdziesiątych wystąpiliśmy z inicjatywą wobec wielu krajów zachodnich w sprawie wymiany podręczników i powołania komisji dwustronnych do weryfikacji ich treści. W wyniku rozmów doszło do wypracowania wspólnych zaleceń dotyczących pewnych zmian i poprawek w podręcznikach historii i geografii obowiązujących w Austrii i Francji. Nawiązane zostały analogiczne kontakty z Belgią, Norwegią i Włochami, a także wysunięte propozycje pod adresem Szwecji, Wielkiej Brytanii, Danii, Holandii i Finlandii. Z propozycją zalecenia wzajemnej weryfikacji podręczników wystąpiliśmy również podczas II fazy KBWE w Genewie. Z powodu sprzeciwu niektórych delegacji zachodnich idea ta znalazła jedynie częściowe odbicie w postanowieniach Aktu Końcowego KBWE. Natomiast w naszych stosunkach dwustronnych na łączną liczbę 58 porozumień o współpracy kulturalnej i naukowej - do 44 włączono postanowienia i zalecenia dotyczące właściwej prezentacji kraju w podręcznikach szkolnych.

Podpisanie w grudniu 1970 r. Układu o podstawach normalizacji stosunków między Polską Rzeczypospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec stworzyło nową sytuację w dziedzinie współpracy także i na polu oświaty. Polskie władze oświatowe poleciły dokonanie analizy informacji o Republice Federalnej Niemiec, zamieszczonych w polskich podręcznikach historii i geografii. Celem tej analizy było wskazanie ew. nieścisłości oraz określenie, w jakim stopniu można zwiększyć zakres wiadomości o Republice Federalnej.

W oparciu o opracowane analizy i opinie, władze oświatowe zaleciły autorom i wydawnictwom przystąpienie także do prac nad doskonaleniem i poszerzeniem informacji o RFN.

Prace te poszły w dwu kierunkach: korekta i powiększenie tekstów podręczników historii, geografii i wychowania obywatelskiego oraz opracowanie specjalnych materiałów pomocniczych dla ucznia i nauczyciela. Od tej pory zaczęto stopniowo zwiększać zakres wiadomości o RFN oraz interpretować je w duchu Układu z 1970 r. Na skutek tego, w chwili utworzenia Komisji UNESCO PRL-RFN d/s Podręczników Szkolnych /luty 1972/ był już z polskiej strony przygotowany grunt do zmian i stworzone niezbędne warunki do wprowadzania ich w życie. Jednocześnie władze oświatowe udzieliły komisji pełnego poparcia organizacyjnego i finansowego, jak również zorganizowały trzy ogólnopolskie narady autorów podręczników historii i geografii /grudzień 1973, czerwiec 1975, luty 1978/ poświęcone w całości problemom weryfikacji.

Dzięki temu, w momencie, gdy komisja UNESCO zredagowała i opublikowała zalecenia, w podręcznikach polskich wprowadzone już były duże zmiany w informacjach o stosunkach polsko-niemieckich w okresie tysiącletniego sąsiedztwa oraz o Republice Federalnej Niemiec.

W podręcznikach geografii, informacje dotyczące RFN występują w dwóch samodzielnych rozdziałach: jeden

w klasie VII szkoły podstawowej /"Republika Federalna Niemiec"/, drugi w klasie II liceum /pod tym samym tytułem/. Ponadto w podręcznikach polskich szeroko omawiana jest problematyka Niemieckiej Republiki Demokratycznej, a także wielkich problemów współczesnego świata.

W kolejnych wydaniach podręczników geografii w latach 1971-1975 treści dotyczące Republiki Federalnej Niemiec były stale aktualizowane zarówno pod kątem zmian politycznych, jak i gospodarczych. W roku 1976 przygotowane zostały dwa nowe podręczniki geografii, w których zredagowano w nowej wersji szereg zagadnień merytorycznych, kartograficznych, ikonograficznych i metodycznych /ćwiczenia i polecenia/. Nowe teksty starają się uwzględniać wszystkie postulaty zgłoszone przez stronę zachodnioniemiecką, jak ukazanie rozwoju gospodarczego i społecznego RFN, wzrostu miast, rozmieszczenie bogactw naturalnych itp. Wprowadzono też dodatkowe mapki oraz nowe dane statystyczne, a także oryginalne nazewnictwo geograficzne.

Ujmując sprawę ilościowo można stwierdzić, że ilość informacji o RFN zwiększyła się w podręcznikach geografii o około 40%.

W podręcznikach historii wiadomości o Republice Federalnej Niemiec występują w ostatniej klasie szkoły podstawowej /VIII/ i w ostatniej klasie liceum /IV/. W obu tych podręcznikach /wyd. w roku 1979/ wprowadzono szereg daleko idących zmian, które dotyczą powstania RFN, jej

rozwoju gospodarczego i społecznego oraz polityki wewnętrznej i zagranicznej. Informacje te są nie tylko realizacją Zaleceń UNESCO, ale w pewnych dziedzinach idą znacznie dalej. Podkreśla się tu szczególnie proces normalizacji stosunków, który stanowi istotny wkład na rzecz odprężenia w Europie. Problematyka historyczna dotycząca stosunków polsko-niemieckich jest bogato prezentowana we wszystkich podręcznikach historii dla szkoły podstawowej i liceum. Również i w tym zakresie zaszły daleko idące zmiany, zgodnie z duchem Układu z 1970 r. oraz Zaleceń komisji UNESCO.

Poszły one przede wszystkim w następujących kierunkach:

- wyeliminowanie pejoratywnych określeń, jak np. "odwieczny wróg Niemcy", "niemieccy grabieżcy" itp.,
- dokonanie zróżnicowania między agresywnymi władcami a narodem niemieckim, jak również między "hitlerowcami" i "faszystami" a Niemcami,
- ustalenie właściwych proporcji między negatywnymi a pozytywnymi zjawiskami w historii Niemiec przez pełniejsze ukazanie wkładu narodu niemieckiego do ogólnoludzkiej kultury i cywilizacji,
- wyeksponowanie tych wszystkich momentów, które w okresie tysiącletniego sąsiedztwa łączyły narody polski i niemiecki.

Dla przykładu można tu podać realizację tematu, którego ujęcie jest zgodne z punktem 5 Zaleceń - "Niemiecka kolonizacja w Europie środkowoschodniej doby

Sredniowieczna". W podręcznikach polskich dla obu poziomów nauczania /kl.V i kl.I/ znajdują się ^{obszerne} informacje o kolonizacji niemieckiej.

Podobnie przedstawia się realizacja zalecenia "Polsko-niemieckie stosunki kulturalne i wyznaniowe w dobie Oświecenia i Baroku". Problematyka ta została potraktowana obszernie w szkole średniej /kl.I/, gdzie w podrozdziale "Reformacje w Polsce" mówi się m.in. o wpływach niemieckich i ścisłych kontaktach z Prusami Książęcymi. Ponadto o przedstawicielach niemieckiego baroku oraz polsko-niemieckich kontaktach kulturalnych mówi się również w innych rozdziałach.

Dużo miejsca poświęcono stosunkom polsko-niemieckim w I połowie XIX w. /kl.VII, III/ podkreślając szczególnie przyjazne przyjęcie przez naród niemiecki polskich powstańców 1831 r., stosunek parlamentu frankfurckiego do sprawy polskiej oraz wspólną walkę Polaków i Niemców na barykadach rewolucji 1848/49 r.

Odnosnie tego ostatniego tematu wydana została broszura pomocnicza dla uczniów pt. "Na barykadach wolności", gdzie znajdują się szczegółowe opisy stosunku ludności niemieckiej do Polaków oraz wspólnych przygotowań do powstania. Rewolucji badeńskiej poświęcono osobny rozdział, mocno akcentując wspólną walkę Polaków i Niemców.

Podano tu tylko kilka przykładów realizacji Zaleceń Komisji UNESCO. Dysponujemy pełnym wykazem wszystkich zmian dokonanych w polskich podręcznikach historii i geografii i gotowi jesteśmy w każdej chwili przedstawić je stronie ^{niemieckiej} niemieckiej.

Kiedy mówimy o podręcznikach historii i geografii w aspekcie zawartych w nich treści dotyczących RFN, nie sposób nie dodać, ^{że} są one tylko jednym ze źródeł informacji o tym kraju. Do innych najważniejszych należy bez wątpienia nauczanie języka niemieckiego w Polsce, którego zasięg wykazuje od lat stałą tendencję wzrostową. W chwili obecnej języka niemieckiego uczy się ok. 400 ty. uczniów polskich. W 28 województwach istnieją szkoły z rozszerzonym programem języka niemieckiego. Program nauczania tego języka we wszystkich szkołach nie ogranicza się tylko do wpojenia uczniom sprawności i umiejętności językowych, lecz zawiera dużo wiadomości związanych z realiami życia gospodarczego, społecznego w RFN, ^{zapooznaje} z osiągnięciami kultury. Od kilku lat organizowany jest wśród uczniów szkół średnich rodzaj konkursu uczniowskiego, tzw. Olimpiada Języka Niemieckiego. Przebiega ona pod znamienym hasłem "Znajomość języków obcych utrwala przyjaźń i pogłębia zrozumienie między narodami". Podstawowym celem Olimpiady jest zainteresowanie uczniów językiem niemieckim oraz problematyką polityczną, gospodarczą i kulturową

krajów niemieckiego obszaru językowego.

Także w nauczaniu języka polskiego w średnim szkolnictwie ogólnokształcącym omawiane są problemy i utwory z literatury niemieckiej. Współczesna literatura RFN została dość szczegółowo scharakteryzowana w obowiązującym podręczniku dla najwyższych klas szkół średnich. Najwybitniejsze osiągnięcia literatury niemieckiej, w tym także literatury RFN uwzględniono ponadto w tematyce innego ogólnopolskiego konkursu uczniowskiego - w Olimpiadzie Literatury i Języka Polskiego.

Mówiąc o możliwościach zapoznania się z problematyką dotyczącą Republiki Federalnej Niemiec, jakie stwarza praktyka szkolna, należy choć słów kilka poświęcić prasie nauczycielskiej, która obok wiadomości fachowych, metodycznych informuje o wydarzeniach nie tylko z dziedziny oświaty, zachodzących m.in. i w RFN. Publikowane są w niej obok danych o systemie oświaty w RFN, także wrażenia z wyjazdu do tego kraju grup studyjnych nauczycieli polskich, itp.

x x x

Ważnym instrumentem współpracy międzynarodowej w kwestii wychowania dla pokoju są umowy kulturalne, umowy o współpracy naukowo-technicznej oraz umowy

zawierane między organizacjami radia i telewizji, a nawet porozumienia między poszczególnymi stowarzyszeniami dziennikarzy i organami prasowymi.

Tworzenie atmosfery sprzyjającej kształtowaniu mentalności pokoju jest obowiązkiem spoczywającym także na organizacjach społecznych i to zarówno młodzieżowych jak i grupujących dorosłe pokolenie. Organizacje te powinny mobilizować swych członków i sympatyków dla realizacji celów wychowania dla pokoju na rzecz własnego środowiska, narodu i ludzkości, kształtowania poczucia przynależności do szeroko rozumianej zbiorowości ludzkiej, postaw solidarności z najbliższym otoczeniem, całym społeczeństwem i ludzkością.

Duże znaczenie dla przepływu informacji mają różnego rodzaju konferencje, sympozja dotyczące oświaty. Corocznie wielu polskich nauczycieli, działaczy oświatowych wyjeżdża do Republiki Federalnej Niemiec, by wziąć udział w imprezach jednorazowych lub będących wynikiem dłuższej współpracy. Istnieją ścisłe kontakty między związkami nauczycielskimi Polski i Republiki Federalnej Niemiec.

Okazją wzajemnego poznania krajów są kontakty młodzieży polskiej i zachodnioniemieckiej realizowane w ramach przyjazdów prywatnych, turystycznych bądź studyjnych. Obejmują one siłą rzeczy tylko niewielką

część młodzieży obydwu krajów. Triadków z nich płynących nie należy, być może, generalizować. Będąc jednak niejako okazją praktycznego sprawdzenia, podsumowania wyników wsłuchanych uprzednio działań dydaktycznych i wychowawczych związanych z problematyką dotyczącą RFN, napawają z jednej strony satysfakcją z poziomu wiedzy młodzieży polskiej, z drugiej zaś strony do głębszej refleksji skłania nierówny poziom wiadomości u partnerów, wiadomości zastąpionych zbyt często pobieżnym stereotypem, uproszczeniem, bądź wreszcie dezinformacją.

Wszystko to raz jeszcze wskazuje, jak poważne znaczenie dla kształtowania świadomości i stanu wiedzy o Polsce mają podręczniki szkolne. Jeśli mówimy o swej własnej gotowości do dalszego wypełniania zobowiązań wynikających ze wspólnych zaleceń podręcznikowych, to jednocześnie z troską i niepokojem obserwujemy piętrzące się trudności w ich realizacji w Republice Federalnej. Uważamy bowiem, iż nierealizowanie zaleceń podręcznikowych godzi w jeden z podstawowych celów, który winien być nam wspólny, a mianowicie - utrudnia stworzenie warunków do wychowania młodego pokolenia i przygotowania społeczeństw obu krajów do polityki normalizacji i porozumienia. Rządy obu krajów, Polski i Republiki Federalnej zobowiązały się w umowie kulturalnej do realizacji zaleceń podręcznikowych. Rząd Polski wywiązuje się solennie z tego zobowiązania i tego samego oczekujemy od rządu RFN. Dla polskiej

opinii publicznej postawa wobec zaleceń jest ważnym moralno-politycznym sprawdzianem rzeczywistych intencji wobec Polski i Polaków, a zarazem też sprawdzianem wiarygodności i skuteczności procesów normalizacyjnych zapoczątkowanych układem z 7.12.1970 r. Stąd też z zainteresowaniem i sympatią odnotowujemy wszelkie informacje o wysiłkach podejmowanych na rzecz realizacji zaleceń podręcznikowych, jak choćby niedawno odbyta w Brunzshwiku Konferencja rzeczników oświaty frakcji SPD w Bundestagu i parlamentach krajowych.

Krytycznie natomiast przyjmuje polska opinia publiczna doniesienia o negatywnym stanowisku wobec zaleceń ze strony rządów czy parlamentów w krajach rządzonych przez partie chadeckie czy też ze strony członków najwyższego kierownictwa CSU i CDU.

x
x x

Polska jako inicjator Deklaracji o przygotowaniu społeczeństw do życia w pokoju uważa za swój moralny obowiązek wykonać jak najpełniej i jak najlepiej wszystkie jej postanowienia.

Doniosłość i znaczenie, jakie przykłada nasz naród do idei wychowania dla pokoju i zwiarciedlone zostały w specjalnej uchwale Sejmu PRL z 21 grudnia 1978 roku w sprawie realizacji Deklaracji o przygotowaniu społeczeństw do życia w pokoju. W dokumencie tym Sejm wyraził przeświadczenie, że uchwalona przez Zgromadzenie Ogólne Deklaracja "będzie ważnym czynnikiem budowania zaufania między narodami". Sejm zwrócił się z apelem do wszystkich parlamentów o stałe, aktywne działanie na rzecz wcielania w życie idei i treści Deklaracji dla dobra obecnego i przyszłych pokoleń. Uchwała Sejmu zobowiązuje odpowiednie organy rządu polskiego do podjęcia odpowiednich działań w tym zakresie. Aktualnie przygotowany jest projekt Uchwały i Wytycznych Rady Ministrów, precyzujący zadania i obowiązki kierowników resortów i urzędów centralnych w realizacji Deklaracji na płaszczyźnie krajowej i zagranicznej. Odpowiednie zalecenia i program zatwierdzone zostały 22 stycznia 1979 roku przez ministra oświaty i wychowania. Sumują one doświadczenia polskiego szkolnictwa o wychowaniu młodzieży w duchu pokoju oraz formułują dalsze zadania w tej dziedzinie.

Realizacja Deklaracji o przygotowaniu społeczeństw do życia w pokoju nie może być pojmowana w kategoriach kampanii czy jednorazowej akcji. Jest to

długofalowy proces, obejmujący obecne i przyszłe generacje. Zresztą proces ten, prowadzony w Polsce - podobnie jak w wielu innych krajach - z konsekwencją i wytrwałością przynosi pozytywne efekty i doświadczenia. Oczekujemy, że wprowadzenie w życie tych wszystkich szlachetnych i głęboko humanistycznych treści, które tkwią w idei wychowania dla pokoju, przybierać będzie coraz szerszy zasięg w poszczególnych krajach i w stosunkach między nimi. Miejmy nadzieję, że stanie się tak również w stosunkach między PRL a RFN.

Rewizja podręczników szkolnych w PRL i RFN jako
wspólny wkład na rzecz wychowania dla pokoju

O działalności Wspólnej Komisji UNESCO d/s rewizji podręczników szkolnych w Polsce Ludowej i w Republice Federalnej Niemiec opinia publiczna w obydwu krajach jest dość regularnie i wyczerpująco informowana zarówno przez członków Komisji, jak i przez dziennikarzy i publicystów prasowych i radio-telewizyjnych. Zainteresowanie rzadki to wypadek, aby mała broszura zawierająca kilkadziesiąt paragrafów potrafiła wywołać tak wielkie zainteresowanie w kręgach uczonych i pedagogów, wśród polityków i działaczy społecznych organizacji związkowych, młodzieżowych i wyznaniowych. W kilku instytutach badawczych prowadzi się systematyczną analizę treści podręczników szkolnych z punktu widzenia ich roli jako narzędzia zbliżenia i pojednania między Polakami a Niemcami z RFN i obserwuje się z niezwykłą pedanterią każdą oznakę postępu we wdrażaniu zaleceń podręcznikowych do praktyki dydaktyczno-wychowawczej szkół wszystkich typów. Ze strony polskiej wymieniać by można Instytut Zachodni w Poznaniu, Śląski Instytut Naukowy w Katowicach i Instytut Śląski w Opolu.

Po ostatecznym zredagowaniu i opublikowaniu "zaleceń" Wspólnej Komisji w 1976 roku, postanowiła ona - jak wiadomo - kontynuować swoją działalność w dwójakiej formie. Po pierwsze, prezydium Komisji spotyka się dwa razy w roku dla omówienia stanu realizacji "zaleceń" przez autorów nowowydanych podręczników i przez nauczycieli historii i geografii oraz dla opracowania skutecznych sposobów wprowadzenia "zaleceń" do systemu kształcenia i wychowania szkolnego. Po drugie, Komisja organizuje co roku, na przemian w Polsce i w Republice Federalnej, konferencje naukowe, których

tematyka nawiązuje do poszczególnych zaleceń.

Materiały z tych konferencji są publikowane w obydwu krajach i stanowią jak gdyby aneks do "zaleceń".

Wielokrotnie podkreślano w różnego rodzaju świadectwach i wypowiedziach publicznych opinie, iż proces wdrażania "zaleceń" w Polsce jest znacznie bardziej zaawansowany aniżeli w szkolnictwie Republiki Federalnej Niemiec. Sytuacja taka zaistniała przede wszystkim dlatego, że w naszym kraju historii stosunków polsko-niemieckich poświęcano zawsze znacznie więcej uwagi niż w Niemczech, zwłaszcza zaś w RFN, która podobnie jak w innych dziedzinach życia, w szczególności w ekonomice i polityce, również w dziedzinie kultury i nauki przyjęła tzw. orientację zachodnią. Podczas gdy w polskich podręcznikach i programach nauczania historii, geografii i literatury zawarta jest znacznie większa ilość informacji na temat Niemiec, aniżeli postulują to "zalecenia", to w odpowiednich podręcznikach zachodnioniemieckich za optymalną można byżoby uznać sytuację, kiedy przekazywana uczniowi suma wiedzy o Polsce i o stosunkach polsko-niemieckich odpowiadała by przynajmniej objętości "zaleceń". W tej sprawie istnieje pełna zgodność poglądów w obydwu krajach, tzn., że nawet krytycy "zaleceń" w RFN nie negują potrzeby znacznego poszerzenia wśród młodzieży zachodnioniemieckiej wiedzy o narodzie polskim, jego przeszłości i teraźniejszości.

Przeciwnicy "zaleceń" nie kwestionują więc samej idei ulepszenia treści podręczników jako ważnego elementu w polityce normalizacji wzajemnych stosunków między PRL a RFN, natomiast wciąż od nowa podnoszą zarzuty dotyczące merytorycznej wartości "zaleceń". Nie ukrywam, iż podobnie jak pozostali członkowie Wspólnej Komisji jestem już znudzony ciągłym powtarzaniem argumentów przemawiających za potrzebą przyjęcia "zaleceń" jako podstawy do

rewizji treści nauczania na temat historii stosunków polsko-niemieckich tak, aby wreszcie oczyścić je z nacjonalistycznych stereotypów i resentymentów. Wszelako wobec powtarzających się bez przerwy ataków i wątpliwości pod adresem "zaleceń" i ich autorów oraz rzeczników ich wdrożenia do praktyki szkolnej, ważnym zadaniem jest, aby przy każdej nadarzającej się okazji uzgodnione w tej sprawie stanowisko wspólnej Komisji podręcznikowej było ofensywnie prezentowane.

1. A zatem pytanie nie stoi tak: czy "zalecenia" są tworem nieskończenie doskonałym?, lecz: czy "zalecenia" w tej formie, w jakiej zostały zredagowane, mogą stanowić punkt wyjścia dla ulepszenia procesu dydaktycznego, czy też należy w ogóle zrezygnować z upowszechniania tego rodzaju dokumentów. Zdarzają się niestety, w RFN ludzie, którzy faktycznie zmierzają do udaremnienia dialogu polsko-zachodniemieckiego na temat ulepszenia podręczników szkolnych w takiej oto zakamuflowanej formie, że chcieliby w nieskończoność przeciągać dyskusję nad tekstem "zaleceń". Taką jawną próbą cofnięcia debaty nad rewizją podręczników w najlepszym wypadku do jej punktu wyjściowego sprzed siedmiu lat było opublikowanie tzw. alternatywnych zaleceń opracowanych przez trzech działaczy związku przewodniczących. Mówię "w najlepszym przypadku" dlatego, że autorzy "antyzaleceń" odrzucili bezceremonialnie ideę dialogu, której urzeczywistnienie w postaci powołania w 1972 r. Wspólnej Komisji UNESCO było samo w sobie osiągnięciem.

nięciem niemieckim niż późniejsze opracowanie "zaleceń" i podjęli próbę jednostronnego arbitralnego narzucenia swoich opinii autorom podręczników, nauczycielom i uczniom. Można by tego rodzaju inicjatywę uznać za niepoważną arogancję, jako że taka ona faktycznie jest, gdyby nie fakt, iż w Republice Federalnej część prasy, a nawet niektóre rządy krajowe szeroko rozoklamowały owe "alternatywne zalecenia" i rekomendowały je szkołom.

Wspólna Komisja - jak już o tym wspomnieliśmy - była od początku świadoma tego, iż "zalecenia" wymagają stałego udoskonalenia jednakże nie w formie permanentnych ingerencji w ich tekst, co dozorowało by adresatów, tj. wydawców podręczników i pedagogów i byłoby równoznaczne z odkładaniem procesu wdrożeń ad calendarum graecas, lecz drogą organizowania specjalistycznych konferencji naukowych. Dotychczas odbyły się estetycznie takie konferencje, ostatnia w czerwcu br. w Olsztynie zajęła się problemem roli Śląska i Pomorza w dziejach stosunków polsko-niemieckich w wiekach średnich. Na dobrą sprawę dzięki dotychczas odbytym konferencjom specjalistycznym już 10 spośród 26 zaleceń zostało podbudowanych i uzupełnionych bogatym materiałem naukowym i wszystko wskazuje na to, że za kilka lat rozprawianie o "zaleceniach" jako takich w odwołaniu od uzupełniających je materiałów z konferencji straci wszelki sens. W odniesieniu do zaleceń dotyczących nauczania geografii sytuacja jest właściwie od paru lat ostatecznie wyjaśniona. Sekcja geograficzna Wspólnej Komisji Podręcznikowej organizuje corocznie polsko-zachodniemieckie sympozja mające na celu pogłębienie wiedzy o obydwu krajach i stałe ulepszenie z tego punktu widzenia podręczników z geografii oraz atlasów szkolnych.

2. Przy różnych okazjach członkowie Wspólnej Komisji i władze oświatowe podkreślały, iż w odniesieniu do "zaleceń" można mówić o ich "duszy" i o ich "literni". Często błędnie, jakby popełniając

komentatorzy "zaleceń" polega na autonomicznym traktowaniu przez nich ducha i litery tego dokumentu, podczas gdy w rzeczywistości zachodzi między nimi ścisły związek i wzajemna zależność. Na przykład niektórzy krytycy "zaleceń" w RFN mają im za złe to, że w sposób łagodząco-upiększający /Verharmlosung/ przedstawiają one pewne fragmenty z historii stosunków polsko-niemieckich, gwałcąc w ten sposób prawdę historyczną.

Intencją autorów "zaleceń" było namówienie uczniów i nauczycieli takiej wykładni historii stosunków polsko-niemieckich, z której mogliby oni czerpać nadzieję i przekonanie, iż "tradycja" czy "odwieczna" - jak ją zwykliśmy nazywać - wrogość między Niemcami i Polakami nie jest jakimś nieodwracalnym ^{turn} fakt^{em}, że można będzie zapisać ją do bezpowrotnej przeszłości pod warunkiem, że obydwa narody wyciągną właściwe wnioski z historii, jeśli m.in. poznają i tę prawdę, że skoro były takie okresy w historii ich wzajemnego sąsiedztwa kiedy były one w zgodzie i pokoju, to tym bardziej jest to możliwe obecnie, kiedy właściwie nie ma innej alternatywy wskazanej w Europie, jak pokojowe współistnienie państw i narodów. Dlatego rzeczywiście silniej niż to czyniła dawna propaganda nacjonalistom historiografia wyeksponowałaśmy w tych fragmentach "zaleceń", które dotyczyły kolonizacji, reformacji, ruchów wolnościowych XIX wieku, industrializacji, antyfaszystowskiego ruchu oporu itd. te fakty i zjawiska, które wskazują na obopólne korzyści jakie między polski i niemiecki czerpały ze wzajemnej współpracy i dyfuzji kultur. Czy świadomie upiększyliśmy w ten sposób historię stosunków polsko-niemieckich? W zestawieniu z obiegowym przekonaniem, że była to historia pisana wyłącznie "krwią i łezami" - z pewnością tak. Ale czy odbyło się to kosztem przecięcia prawdy historycznej? Czy za cenę dochowania wierności duchowi pojednania, któremu mają służyć "zalecenia", dowolnie manipulowaliśmy faktami i dopuściliśmy się historycznego fałszerstwa, czy też raczej wydobyliśmy z zapomnienia właśnie w imię prawdy wydarzenia historyczne napawające tak bardzo potrzebny nam dziś optymizmem?

Za typowy przykład "Verharmlosung" uchodzi w opinii przeciwników "zaleceń" zapis odnoszący się do ruchów migracyjnych w Europie po II wojnie światowej. Imputuje się mianowicie autorom "zaleceń", iż masowe przesiedlenia ludności niemieckiej z terenów wschodnich Rzeszy oraz z terenów Polski, Czechosłowacji i innych

krajów określili eufemistycznie nazwą "transfer" zamiast użyć rzekomo prawidłowej nazwy "wygędzenie". Uważne wczytanie się w tekst tego zalecenia musi przekonać każdego nieuprzedzonego czytelnika, iż oddaje ono wiernie treść tego skomplikowanego i niewątpliwie bolesnego procesu, jakim była ewakuacja i uciemka Niemców, a następnie ich przymusowe wysiedlenie zdecydowane przez Układ Poczdamski. W odpowiednim czasie również ten problem stanio na porządku dziennym specjalistycznej konferencji naukowej i wówczas okaże się - niejmy nadzieję - iż sposób potraktowania go w "zaleceniach" był najzupełniej rzetelny i obiektywny.

3. Specyficzną grupę pretensji kierowanych pod adresem "zaleceń" stanowią luki treściowe powstałe na skutek przyjęcia przez Komisję zasady bilateralności. O tym, iż jest to z metodologicznego punktu widzenia zasada nie do zaakceptowania, gdyż nawet najbardziej intymne stosunki między dwoma narodami czy państwami można dogłębnie zrozumieć tylko pod warunkiem, że rozpatruje się je w kontakcie międzynarodowym - nie trzeba nikogo przekonywać. W kilku wypadkach autorzy "zaleceń" byli wręcz zmuszeni uwzględnić uwarunkowania ewentualne pownych zdarzeń z historii polsko-niemieckiego sąsiedztwa, gdyż w przeciwnym razie byłyby one zupełnie niezrozumiałe. Jednakże ze względów praktycznych, pamiętając o tym, iż "zalecenia" są adresowane do autorów podręczników i do nauczycieli i że mają one mieć charakter lapidarnych rekomendacji, a nie wyczerpującej analizy, musieliśmy zaakceptować zasadę bilateralności, czyli dwustronnego zamiast wielo- czy wszechstronnego naświetlania określonych faktów historycznych, zachowując sobie możliwość ponownego ich przeanalizowania w ramach konferencji specjalistycznych.

Zwłaszcza kompleks spraw związanych z okolicznościami wybuchu II wojny światowej zmuszeni byliśmy - nawiasem mówiąc - w podjętej wyczerpującej polemice - maksymalnie ograniczyć i w końcu

sprowadzić je tylko do wymiarów stosunków między Polską a III Rzeszą. Był to oczywiście zabieg konieczny, gdyż w przeciwnym razie Komisja musiałaby wdać się w ocenę innych wydarzeń pozostających w genetycznym związku z II wojną światową. Przy tym nie tyle dodatkowa praca, którą należałoby wykonać podejmując te tematy deprymowała członków Komisji, ile świadomość tego, iż zagadnienia te albo już były albo staną się w przyszłości przedmiotem dyskusji innych zespołów ekspertów do spraw rewizji podręczników szkolnych.

Podjęmowane dotychczas m.in. z inicjatywy UNESCO próby przeniesienia dyskusji podręcznikowych na platformę multilateralną nie dały żadnych pozytywnych rezultatów. Co więcej, właśnie doświadczenia Wspólnej Komisji PRL-RFN uznano za szczególnie instruktywne i godne upowszechnienia. A zatem jeśli chce się naprawdę uczynić krok naprzód w kierunku udoskonalenia systemu nauczania i oczyszczenia go z wszelkiego rodzaju nacjonalistycznych fobii i stereotypów - zasada bilateralności w rokowaniach podręcznikowych winna być respektowana, oczywiście z pełną świadomością ograniczeń i niedogodności, jakie ona stwarza.

Czy krytycy "zaleceń" pragnący uchodzić za purystów metodologicznych, którzy przyjęcie postulatu bilateralności w analizie

biateralnej uważają na pewną wystarczającą by dalsze Wspólnej Komisji całkowicie zrezygnować, nie są dalszymi przedmiotami nowych pomysłów trudności? Nie sposób w to uwierzyć. Jeszcze zanim powstała Wspólna Komisja polsko-zachodniemiecka Republika Federalna Niemiec, podobnie przesłała jak i Polska, prowadziła rozmowy podjęciem i wieloma innymi krajami i zawsze miały one charakter dwustronny. Miał tego typu rozwiązania wówczas nie inwestować i nawet nie krytykować. Do tej pory jest gdzieś in- dycznej pogrzebany. Zasada bilateralności krąży niawnie w oczy- tych przeciwników "zaleceń", którzy pragnęli by "sprawiedliwie" podjąć się z innymi, w szczególności na przykład Radzieckim, odpowiedzialnością za wywołaną przez III Rzeszę katastrofę wojen- ną i za straszliwe sbrodnie, jakie na narodzie polskim w imieniu narodu niemieckiego popełnił Hitler.

Ważnym jest zasadę bilateralności jako praktycznie rzecz bio- rąc jedynie możliwą metodę prowadzenia owych obrad podję- niowych i zakładać tym samym z góry konieczność eliminowania z rozmów faktów i zdarzeń niekorzystnych, i to niezas w sposób może przemożny, na rozwój stosunków między Polską a Niem- cami czy między NRD a RFN, ale w których oczywiście strony nie były bezpośrednio uwikłane, Wspólna Komisja zaczęła się oczywiście z tym, iż pominięte przez nią kwestie znajdują takie czy inne być może sągęto konfliktne, nasładowanie w obowiązujących w oby- wu krajach podręcznikach szkolnych i w programach nauczania.

4. Najbardziej drażliwym problemem, odnoszącym się nie tylko do rokowań podręcznikowych, lecz rzutującym na całokształt pro- cesu normalizacji wzajemnych stosunków między PRL a RFN, jest problem wdrożenia "zaleceń" Wspólnej Komisji do praktyki szkol- nej i stosunek do tej kwestii kompetentnych władz w obu krajach.

W Polsce od chwili rozpoczęcia prac przez Wspólną Komisję wszystkie zainteresowane problematyką oświatową i stosunkami polsko-zachodniemieckimi instytucje udzieliły Komisji wszech- stronnego poparcia. Polski Komitet d/s UNESCO systematycznie oce- niał działalność Komisji; Ministerstwo Oświaty i Wychowania przyjęło na siebie organizację konferencji podręcznikowych, uznało - co najważniejsze - "zalecenia" za wiążące dla siebie i odpowiednio poinstruowało podległe mu Wydawnictwo, autorów podręczników szkolnych oraz ośrodki metodyczne dla nauczycieli; Ministerstwo Spraw Zagranicznych delegowało do Komisji swojego stałego przedstawiciela, zagwarantowało wszelkie ułatwienia wi- zowe dla członków Wspólnej Komisji i wielokrotnie pośredniczyło w sprawie organizacji w PRL i w RFN imprez popularyzujących "zalecenia"; Polska Akademia Nauk podjęła się organizacji konfe- rencji specjalistycznych; Związek Nauczycielstwa Polskiego rozwi- nął szeroką współpracę z organizacjami zawodowymi nauczycieli w RFN w celu upowszechnienia "zaleceń"; Federacja Socjalistycz-

nych Związków Młodzieży Polskiej nawiązała w tej sprawie kontakty z organizacjami młodzieżowymi w RFN; problematyka ulepszenia podręczników była tematem organizowanych przez Polski Instytut Spraw Międzynarodowych polsko-zachodniemieckich forum i innych spotkań. Krótko mówiąc, strona polska nie ma sobie w zasadzie nic do wyrzucenia gdy chodzi o skrupulatną regulację umowy w sprawie rewizji podręczników szkolnych, jaką w 1972 roku zawarły Komitety Narodowe d/s UNESCO Polski i Republiki Federalnej Niemiec.

Niestety nie da się tego powiedzieć o naszym partnerze zachodniemieckim. Do pewnego czasu można było ze zrozumieniem odnieść się do wyjaśnienia, iż opieszałość we wprowadzaniu "zaleceń" do podręczników i programów szkolnych w RFN wynika ze skomplikowanej struktury zdecentralizowanego systemu oświaty i ruchu wydawniczego w tym kraju. W trzy lata po ogłoszeniu "zaleceń" i wyczerpującym przedyskutowaniu ich treści oraz sprawy ich przydatności dydaktyczno-wychowawczej, ten standardowy argument zaczyna być coraz mniej przekonujący.

Z szacunkiem, sympatią i niekłamana serdecznością odnosimy się do tych uczonych i instytucji, które na terenie RFN rozwijały podziwu godną aktywność na rzecz spopularyzowania "zaleceń" i utworzenia im drogi do podręczników i programów szkolnych. Mam przede wszystkim na myśli przedwcześnie zmarłego promotora idei utworzenia polsko-RFN-owskiej Komisji Podręcznikowej prof. Georga Eckerta, jego następcę i kontynuatora jego dzieła prof. Waltera Martinoita oraz działających w Komisji od momentu jej powstania prof. prof. Klaus Zornacka, Gotthold Rhodego, Wilhelma Wöhlkego, Enno Malera, Jörga Hoonscha, Hansa-Adolfa Jacobsena i innych uczonych, którzy z niezwykłym poświęceniem, całkowicie bezinteresownie poświęcają swój czas i wiedzę wielkiej sprawie zbliżenia naszych narodów, ich lepszemu wzajemnemu poznaniu

sie i przyuczenia ich do życia w pokoju i przyjaźni. Wiele życiowych szkół rachoty i poparcia pod adresem Wspólnej Komisji wyprzedali b. prezydenci Republiki Federalnej - dr Heinemann i Walter Scheel, Kanclerz Helmut Schmidt, Herbert Wehner, Willy Brandt - żeby wymienić tylko niektórych dla sprawy normalizacji stosunków z Polską prominentnych polityków. Rzecznikami "zaleceń" są od wielu lat Komitet Narodowy d/s UNESCO w RFN, Instytut Podręczników Szkolnych im. Georga Eckerta w Brunzwicku, "Ostkolleg" w Kolinii, Fundacja im. Friedricha Eckerta, liczne oddziały Towarzystwa Polsko-Niemieckiego, liczne uniwersytety, wyższe szkoły pedagogiczne, ośrodki upowszechniania wiedzy itd. Dzięki nim wokół problemu rewizji podręczników szkolnych rozwinął się w RFN otuchą napawający ruch społeczno-umysłowy, zdobywający coraz więcej zwolenników pojednania z Polską.

Jednocześnie jednak deprymująco musi działać fakt, że wysiłki tylu ludzi dobrej woli dają narazie tak mało znaczące wyniki. Prawą bowiem jest, że od czasu wszczęcia prac nad "zaleceniami" oraz ich opublikowania, obraz Polski i Polaków w podręcznikach szkolnych w RFN i tym samym w świadomości młodej generacji zmienił się w sposób prawie że niedostrzegalny. Wprawdzie nie zdarzają się już od pewnego czasu w podręcznikach zachodniemieckich nagminne jeszcze przed kilkunastoma laty, ewidentnie pejoratywne lub egoistycznie obraźliwe charakterystyki narodu polskiego, w najnowszych ich wydaniach można znaleźć nieco więcej niż dawniej informacji o dawnej i współczesnej Polsce, niektóre wydarzenia historyczne, jak na przykład rozbiory Polski i okupacja hitlerowska na ziemiach polskich, a nawet rozwój kultury w dobie Renesansu, są w nich obszerniej i bardziej prawidłowo ocenione, jednakże nawet największy optymistą nie mógłby uznać tych zmian chociażby na pierwsze jaskółki zapowiadające rychłe nadejście upragnionej wiosny.

Instancja, która mogłaby wpłynąć konstruktynco na pokon
rezorwy, niezdecydowania i sceptycyzmu stocunok autorów podręcz-
ników, wydawców, naukowców i władz oświatowych w RFN do "za-
leceń" i kwestii ich niezwłocznego wdrożenia, jest Stała Konferen-
cja Ministrów Oświaty. Uchwała Stałej Konferencji, w której za-
siadają wszyscy ministrowie oświaty z poszczególnych krajów
/Landów/, akceptująca i rekomendująca "zalecenia" zdjeża by z
nich odium polityczne, które przylgnęło do nich na sprawę prze-
ciwników polityki wschodniej rządzącej koalicji, w szczególności
zaś dzięki natwardziażym wrogom polsko-niemieckiego zblizenia
wywodzącym się z szeregu tzw. "zawodowych wypadzonych" /Berufs-
vertriebene/.

Fakt, iż zarówno wśród członków Komisji Podręcznikowej, jak
i aktywnych uczestników i propagatorów "zaleceń" reprezentowani
są przedstawiciele wszystkich głównych partii politycznych Re-
publiki Federalnej Niemiec, a także działacze związków przed-
siębiorczych, świadomy o tym, iż problem ulepszenia podręczników
szkolnych i programów kształcenia w duchu UNESCO nie jest prob-
lemem politycznym sensu stricto, chociaż jak wszystko na tym
świecie może być i jest politycznie "wygrywany", jest natomiast
problemem przede wszystkim moralnym. Poparcie dla "zaleceń" jest
zatem opcją nie na rzecz określonej partii i jej programu poli-
tycznego, lecz określonego przepojonego humanistycznymi wartoś-
ciami, do których należą m.in. wzajemny szacunek, zaufanie,
uczciwość i bytniwość w stosunkach między narodami, systemu
wychowania społeczeństwa, zwłaszcza zaś młodego pokolenia.

Niektórzy działacze oświatowi w RFN zastraszeni skąbnymi
postępami procesu wdrażania "zaleceń" przekonują nas, iż nie-
możliwość osiągnięcia wymaganej pełnej jednomyślności w sprawie
przyjęcia "zaleceń" przez Stałą Konferencję Ministrów Oświaty
jest rezultatem panowania w Republice Federalnej tzw. pluralizmu

politycznego. Jest w tym twierdzeniu zapewne spory knt prawdy,
liberalno-demokratyczny system polityczny w RFN jest bowiem rzo-
czywiście wewnętrznie silnie zróżnicowany i osiągnięcie całkowi-
tej zgodności poglądów odnośnie do sprza pownych spraw, zwłaszcza
jeśli są to sprawy niokonwencjonalne, wymagające przekazania
utartych nawyków, a do takich należą z pewnością postawy wobec
Polaków, nie jest tam rzeczą łatwą i prostą. Z drugiej jednak
strony niek może nie budzić naszego zdumienia i zarazem niepoko-
ju fakt, iż ta sama Stała Konferencja, która od lat nie potrafi
uporać się ze swoimi skrupułami wobec "zaleceń" Wspólnej Komisji,
niejako od ręki pódjęża w listopadzie 1978 r. uchwałą o "podtrzy-
mywaniu wśród młodzieży świadomości jedności narodu niemieckiego
i jego prawa do samostanowienia". Nie podejmując w tej chwili
polemiki na temat realności idei zjednoczenia Niemiec i nie wda-
jąc się w krytyczny rozbiór poszczególnych sformułowań zawartych
w uchwale Stałej Konferencji - uczynił to Marian Poćkoński
w artykule pod wielomówiącym tytułem "Szowinizm w szkole" - pra-
gnę jedynie zwrócić uwagę na jaskrawą niokonsekwencję w postępowa-
niu ministrów oświaty RFN. Jeśli przyjąć,
że "zalecenia" są z elementem zarówno rozrachunku z nazistowską
przeszłością, jak i normalizacji stosunków z Polską, że służą
wychowaniu dla pokoju, to - jak na to wskazuje prosta logika -
Stała Konferencja powinna byćż uznać ich bezwzględny priorytet
a nie spłoszyć się nadmiernie z uchwałą o zjednoczeniu.

Zdaje sobie z tego sprawę, iż przedstawiony proces maie stan zaawansowania procesu wieloletnia w życie "zaleceń" dotyczących reformy podręczników szkolnych w Republice Federalnej Niemiec może wprowadzić osoby postronne w nastrój naszej minorowiy. Przed takim odczuciem mimo wszystko stanowczo bym przestrzegał sważyć bowiem trzeba, że nawet nieznaczny postęp, który już osiągnięto w tej dziedzinie byłby czymś absolutnie nie do pomyślenia jeszcze przed dziesięciu laty, jeśli zaś chodzi o szansę na przyszłość to nie przedstawiają się one tak beznadziejnie, jakby się na początko mogło wydawać. Do optymizmu uprawnia przede wszystkim fakt, iż krąg ludzi przekonanych o słuszności sprawy, której służą Wspólna Komisja i opracowano przez nią "zalecenia" ciągle się w Republice Federalnej poszerza i uzyskuje coraz większe wpływy w środowisku nauczycielskim i uczniowskim oraz w administracji szkolnej.

Na koniec chciałbym przestrzec, że wszelkiok proces wdrażania "zaleceń" z przyczyn, o których mówikom, ówarka nieoperównanie więcej problemów w RFN aniżeli w Polsce, to jednak strona polska nie bývá błędnego przekonania, że w naszych podręcznikach i w naszym systemie kształcenia nauczycieli i uczniów - jak to sugerują niektórzy publiczności - wszystko przebiega łatwo. Nie mówiąc o podręczniku Markowskiego dla klasy E, który przez kilka lat ukazywał się bez koniecznych kontaktów.

Praca Komisji Podręcznikowej traktowana była od początku jako działalność wspólna i ten wspólny charakter powinna ona stanowczo zachować. Nawet najbardziej zaciekłe spory i kontrowersje starałiśmy się zawsze - i nadal chcemy tak postępować - zakończyć obopólnym porozumieniem, w koniecznych przypadkach decydując się na rozsądne i uczciwe kompromisy.

Erklärung von OstD Franz E b n e r ,

1. Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes

anlässlich der Tagung des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Torun vom 17. - 22. September 1979

Tagungsthema: "Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen"

Vorweg ein Wort des Dankes an die Friedrich-Ebert-Stiftung, die mit der Einladung auch eines Vertreters des Deutschen Philologenverbandes, des Berufsverbandes der Lehrer an den Gymnasien, zu ihrer zweiten Veranstaltung im Zusammenhang mit den Deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen unter Beweis gestellt hat, daß ihr an der pluralen Vertretung der in der Bundesrepublik Deutschland in Gewerkschaften und Berufsverbänden organisierten Lehrerschaft gemäß gutem demokratischem Stil gelegen ist.

Die Gymnasien stellen einen großen Teil des gegliederten Schulwesens dar. Sie werden zur Zeit von rd. 2 Millionen Schülerinnen und Schüler im Alter von 11 - 19 Jahren besucht, an ihnen sind ca. 112 000 Gymnasiallehrer tätig, von denen über 60% Mitglieder des Philologenverbandes sind. Die Gymnasien sind allgemeinbildende Schulen mit dem speziellen Auftrag im Rahmen eines langjährigen Bildungsganges auf ein Hochschulstudium oder für die Ausbildung in einem Beruf ohne Studium vorzubereiten.

Ein Wort zur Zielsetzung des schulischen Unterrichts:

Als Richtlinie für den gesamten Unterricht in allen Schularten sind die einschlägigen Artikel des Grund-

gesetzes und der Länderverfassungen verbindlich. Danach hat der gesamte Unterricht außer der Vermittlung fachlicher Kenntnisse zum Ziele, die Erziehung zu Toleranz, Völkerverständigung und -versöhnung. In Erfüllung dieses Auftrags wurde nach dem zweiten Weltkrieg auch der Geschichtsunterricht neu orientiert. Dies bedeutete eine völlige Abkehr vom Nationalismus der Nazizeit, dafür eine konsequente Hinführung und Erziehung der Jugend zu Weltoffenheit, zu Respektierung der Grundrechte und -werte sowie der Hinführung zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit. Das Ergebnis dieser 30jährigen Erziehungsarbeit ist, daß die junge Generation zum allergrößten Teil nicht mehr in den nationalistischen Kategorien der Vorkriegszeit denkt. Sie ist weltoffen, kooperativ und versöhnungsbereit. Sie lehnt jeden Revanchismus ab, ein "Versaillestrauma" gibt es nicht mehr. Deutlich ausgeprägt ist der Wille zur internationalen Zusammenarbeit. Die bundesdeutsche Jugend ist wohl am stärksten unter den West- und Mitteleuropäern an einer dauernden europäischen Verständigung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen interessiert. Eine wesentliche Erkenntnis dieser Jugend ist, daß sich die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung in jedem Fall unter Wahrung der Menschenrechte in friedlicher Koexistenz vollziehen muß.

Welche Rolle haben die Lehrer in der Bildungs- und Erziehungsarbeit?

Die Lehrer sind Beamte. Sie sind durch Dienst- und Beamteneid verpflichtet, sich für die Erhaltung und die Festigung der parlamentarischen demokratischen Lebens- und

Gesellschaftsordnung sowie für die im Grundgesetz verankerten nationalen Ziele einzusetzen. Die Schaffung und Pflege eines freundschaftlich nachbarlich guten deutsch-polnischen Verhältnisses ist für sie eine ebenso selbstverständliche Verpflichtung, wie sie dies anderen gegenüber europäischen Völkern tun. Wir begrüßen es, daß durch die deutsch-polnischen Gespräche der letzten Jahre das Augenmerk verstärkt auf die Pflege dieses Bereiches gelenkt wurde. Unsere Lehrerorganisation war an der Ausarbeitung der Empfehlungen nicht unmittelbar beteiligt. Wir sehen in ihnen einen beachtenswerten Beitrag zur Schaffung eines besseren gegenseitigen Verstehens, wenn wir auch der Meinung sind, daß sie im einzelnen einer Präzisierung und Ergänzung bedürfen.

Was das deutsch-polnische Verhältnis im Unterricht betrifft, vertreten wir folgende Auffassung:

1. Die Verpflichtung, die Jugend im Geiste des Friedens, der Völkerverständigung sowie einer friedlichen Zusammenarbeit zu erziehen, gilt uneingeschränkt auch gegenüber dem polnischen Volk: Ziel ist, den Frieden zu bewahren und neues Unheil zu verhindern. Deshalb ist es erforderlich, der Behandlung der Geschichte des polnischen Volkes, seiner politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung einen angemessenen Raum im Unterricht zu geben. Besonders wichtig ist dabei, darzustellen, welchen Anteil und welche Bedeutung die Beziehungen und Verflechtungen der Polen mit all ihren Nachbarn, insbesondere auch mit den Deutschen, für ihre eigene Geschichte und die europäische Geschichte haben. Einer Jugend, die die schrecklichen Ereignisse der 40er Jahre unseres Jahrhunderts nicht miterlebt hat, in historischer, zuverlässiger und objektiver Darstellung bewußt zu

machen, ist für eine ehrliche und freundschaftliche Verständigung insbesondere mit allen am zweiten Weltkrieg beteiligten und betroffenen Völkern unerlässlich.

Dabei sind die Lehrer der Gymnasien als wissenschaftlich ausgebildete Fachlehrer, hier insbesondere die Geschichtslehrer willens und in der Lage, den Erfordernissen der historischen Wahrungsfindung gerecht zu werden. Sie sind auch bereit, ihren Teil zu einer dauerhaften Verständigung beizutragen und ihre Verantwortung für eine Versöhnung wahrzunehmen. Deshalb sehen wir z.B. die Notwendigkeit der Präzisierung und Ergänzung der Standpunkte in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen.

Was die im Geschichtsunterricht verwendeten Hilfsmittel betrifft, so spielen die Lehrbücher der verschiedenen Verlage insofern eine wichtige Rolle, als sie Einsichten in historische Abläufe und Zusammenhänge vermitteln und geschichtliche Tatsachen zum Einprägen anbieten. Deshalb müssen sie zuverlässig auf der Grundlage des neuesten historischen Erkenntnisstandes informieren. Die Auswahl der verschiedenen Geschichtslehrbücher ist aufgrund eines offiziellen Genehmigungsverfahrens durch die Erziehungsministerien der Länder den verantwortlichen Fachleuten der einzelnen Schule überlassen. Man muß aber wissen, daß das Lehrbuch nur eines der verschiedenen zugelassenen Unterrichtsmittel auch im Geschichtsunterricht ist. Das Streben nach geschichtlicher Wahrheitsfindung ist einer der Wege, um Schuld und Versagen von Politikern und auch von Völkern zu erkennen.

Geschichtliche Unterweisung ist primär auf die Erhellung des Vergangenen ausgerichtet und ^{dient} so auch der politischen Erziehung. Um diese voll zu verwirklichen, bedarf sie

der Ergänzung durch Beiträge aus anderen Fächern, z.B. aus dem Geographie-, dem Literatur-, dem Kunstunterricht usw.

Solche Beiträge werden nicht allein im Pflichtunterricht, sondern auch in zusätzlichen Angeboten in Form von Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften geleistet. Dies ist der einzelnen Schule überlassen.

Eine wichtige Anregung:

Viele Erfahrungen, gerade in unserer reisefreudigen Zeit, legen es nahe, unterrichtliche und erzieherische Zielvorstellungen durch persönliche Begegnungen zu fördern. Dies gilt zunächst für die Lehrer. Es muß zu regelmäßigen Begegnungen zwischen polnischen und bundesdeutschen Lehrern für Geschichte und politische Bildung kommen. Ein bescheidener Anfang ist zwar gemacht, aber in diesem Bereich ist noch sehr viel zu tun, weil persönliche Begegnungen und Gespräche in ihrer Wirkung erfahrungsgemäß nachhaltiger sind als die Information durch das geschriebene Wort. Aus den gleichen Gründen ist es ebenso erwünscht, daß es im verstärkten Maße zu Begegnungen zwischen polnischen und bundesdeutschen Schülern kommt. Sie erzeugen in der Regel eine größere auch menschlich motivierte Bereitschaft, das gegenseitige Informationsinteresse auszuweiten, mehr aufeinander zu hören, und stärken das Bestreben, sich gegenseitig Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Der Deutsche Philologenverband ist gerne bereit, seinen Einfluß bei den Gymnasiallehrern, den Behörden, den Parlamenten und in der Öffentlichkeit in diesem Sinne geltend zu machen und so zu dem Ziel einer dauerhaften polnisch-deutschen Verständigung beizutragen.

28. November 1979

Franz Ebner

" Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen"

Diskussionsbeitrag von Regierungsschulrat Holtmeier, Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz, anlässlich der Tagung des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thorn vom 17. - 22. September 1979

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte lassen Sie mich mit einem herzlichen Dank an die polnischen Gastgeber beginnen. Die Gastfreundschaft, die wir hier erfahren, hat mich ebenso beeindruckt wie die offene Atmosphäre dieser Konferenz, die Selbstverständlichkeit, mit der auch kontroverse Ansichten und abweichende Meinungen aufgenommen und respektiert werden.

Wenn ich mich als Beamter des Kultusministeriums Rheinland-Pfalz zum Thema dieser Konferenz äußere, darf ich die Auffassung der Landesregierung zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen als bekannt voraussetzen. Sie werden von einem Mitarbeiter im Kultusministeriums Rheinland-Pfalz keine rein affirmative Stellungnahme zu den Inhalten der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen erwarten. Bitte gestatten Sie mir aber einige Anmerkungen, mit denen ich den gegenwärtigen Sachstand kritisch beleuchten möchte, die aber gleichwohl - nach meiner persönlichen Auffassung - auch als Ausdruck des Optimismus hinsichtlich der weiteren Perspektiven aufgefaßt werden sollten.

Ich gehe bei diesem Gesprächsbeitrag von einer grundlegenden und aus meiner Sicht unerläßlichen Voraussetzung aus. Die Prämisse heißt:

Kritiker der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sind nicht gleichzusetzen mit Gegnern der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung. Wer so verfahren wollte, würde dem gemeinsamen Anliegen keinen Gefallen tun. Eine ablehnende Haltung gegenüber der amtlichen Annahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ist kein Anschlag auf den Gedanken des Friedens und der Verständigung.

Bitte gestatten Sie mir, etwas weiter auszuholen und einige Hinweise zu den Grundlagen der Auseinandersetzung um die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, wie sie sich aus meiner Sicht darstellen, zu geben. Diese Hinweise beziehen sich insbesondere auf den Artikel 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens, in dem die Schulbuchempfehlungen angesprochen werden, sie beziehen sich weiter auf die Frage der Verbindlichkeit dieser Empfehlungen und darauf, wie mit ihnen umgegangen werden sollte.

Ich möchte zunächst den Hessischen Kultusminister, Herrn Krollmann zitieren. In seiner Eigenschaft als damaliger Präsident der Kultusministerkonferenz hat er bereits im Jahre 1977 während einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung darauf hingewiesen, "daß es ein Mißverständnis wäre, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Sinne einer Sprachregelung oder eines Dogmas zu verstehen. Sie geben einen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse oder auch Ansichten wieder, die - wie es wissenschaftlicher Arbeit entspricht - differenziert gesehen und bewertet werden können, stets kritisch zu überprüfen sind und gegebenenfalls auch neuerer und besserer Erkenntnis weichen müssen".

Diese Darstellung entspricht der Auffassung der überwiegenden Mehrzahl der Ministerpräsidenten der Länder, die bei ihrer Zustimmung zu Artikel 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens ausdrücklich auf den Vorbehalt hingewiesen haben, daß die Bundesländer frei sind, inwieweit sie die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission übernehmen. Diese Entscheidungsfreiheit der Länder ergibt sich aus der Verfassungslage, aber auch aus dem Wortsinn der Vertragsbindungen, deren amtliche Interpretation der polnischen Seite vor Abschluß des Vertrages mitgeteilt wurde. Auch die Bundesregierung hat gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder und im Deutschen Bundestag - und zwar am 29. Januar 1976 - diese Auffassung bekräftigt. Gleichwohl ist aufgrund von Berichten in der "Trybuna Ludu" und aufgrund weiterer kritischer Stellungnahmen zu deutschen Geschichtsbüchern der Eindruck nicht unberechtigt, daß es der polnischen Seite doch um Sprachregelungen geht.

Worin liegt der Weg zur Verständigung, wenn man den gegebenen Realitäten - und zu diesen gehören auch die oben dargestellten Grundlagen für den Umgang mit den deutsch-polnischen Schulbuch-

empfehlungen - Rechnung tragen will?

Als erstes ist die Notwendigkeit der Fortsetzung des Dialogs, eines allseitig offenen Dialogs zwischen deutschen und polnischen Verantwortlichen zu nennen.

Ein weiterer notwendiger Schritt wäre das Aufarbeiten des nun erreichten Diskussionsstandes unter Einschluß aller Kritik, auch der kontroversen Äußerungen zu den Schulbuchempfehlungen; dazu zähle ich auch eine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung mit den "Alternativ-Empfehlungen". Ich kann mich allerdings nicht der Auffassung anschließen, die im Verlauf dieser Konferenz geäußert wurde, daß diese Alternativ-Empfehlungen ein Ergebnis "nationalistischer monologischer Besserwisserei" sind. Eine Diskussion auf dieser Ebene führt notwendigerweise in eine Sackgasse.

Ein dritter notwendiger Schritt, und mir scheint, dies ist der wichtigste, könnte darin gesehen werden, mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Menschen zu schaffen, vor allem zwischen den jungen Menschen, die die Zukunft bestimmen werden. Sehr geehrte Damen und Herren, so wichtig Schulbuchempfehlungen sind, so gewichtig dieses aus den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen hervorgegangene Dokument ist, so sicher ist es, daß Verständigung und Versöhnung nicht durch rein administrative Maßnahmen zustande kommen können. Ihnen kommt ein ungleich geringeres Gewicht zu als dem persönlichen Erlebnis, der Begegnung zwischen Menschen der beiden Völker. Verständigung bedeutet nach meiner Auffassung immer Verständigung zwischen Menschen; sie kann nicht in Papieren erledigt werden, sonst bleibt sie Papier.

Im Verlauf dieser Konferenz ist mehrfach davon die Rede gewesen, welche Leistungen auf deutscher Seite bereits zu registrieren sind, die der internationalen Verständigung - insbesondere der deutsch-polnischen Verständigung - dienen. Bitte lassen Sie mich für Rheinland-Pfalz in diesem Zusammenhang nur einige Stichworte aufzählen:

- Die Regierung des Landes, aus dem ich komme, hat im Oktober 1977 die Mitverantwortung für die Arbeit des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig übernommen. Wir messen der Arbeit dieses Instituts angesichts der Zielsetzung der internationalen Schulbuchforschung und -revision eine erhebliche Bedeutung bei. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß Herr Staatssekretär Dr. Stollenwerk den stellvertretenden Vorsitz im Kuratorium des Instituts übernommen hat.

- In der Folge der Übernahme der Mitverantwortung für das Georg-Eckert-Institut konnte am 17. Mai 1978 in Deidesheim in der Pfalz die 11. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz stattfinden. Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, der anlässlich der Konferenz einen Empfang für die Konferenzteilnehmer gab, betonte erneut die Bedeutung der Arbeit, die mit solchen wissenschaftlichen Konferenzen geleistet wird. Im Verlauf des Pressegesprächs, an dem u. a. Herr Botschafter Piatkowski und Frau Minister Dr. Laurien teilnahmen, wurde von polnischer Seite erneut massive Kritik an deutschen Geschichtsbüchern geübt. Wir haben diese Kritik zum Anlaß genommen, einige Geschichtsbücher von Fachleuten untersuchen zu lassen. Das Ergebnis liegt in Form einer Analyse vor, die ich Ihnen allen hiermit zugänglich machen kann. Hervorzuheben ist, daß polnische Geschichte in den untersuchten Geschichtsbüchern in einem erheblichen Umfang dargestellt wird. Von einer Vernachlässigung der polnischen Geschichte kann nicht gesprochen werden. Die Analyse ergab ferner in vielen Punkten Übereinstimmung mit den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission; in vielen anderen Punkten wurden erhebliche Divergenzen aufgezeigt. Im einzelnen darf ich auf die vorliegende Untersuchung verweisen.

- Rheinland-Pfalz hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv um eine Ausweitung der Begegnungsmöglichkeiten zwischen polnischen und rheinland-pfälzischen Schülern und Lehrern bemüht. Bedauerlicherweise ist hier ein Stillstand - wenn nicht ein Rückschritt - eingetreten, wenn festzustellen ist, daß unter Hinweis auf die kritische Haltung der rheinland-pfälzischen Landesregierung gegenüber den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der grundsätzlich vereinbarte Gegenbesuch einer Stettiner Schule in Bingen in absehbarer Zeit nicht stattfinden kann. Die Haus-

haltsmittel, die für diese Begegnungen bereitgestellt wurden, sind erheblich.

- Lassen Sie mich bitte abschließend auf die feste Tradition hinweisen, zu der in der Zwischenzeit die deutsch-polnischen Tage in Ingelheim am Rhein geworden sind. Sie haben weiten Kreisen der rheinland-Pfälzischen Bevölkerung einen Zugang zur polnischen Kultur in ihrer Vielfalt gegeben und in der Öffentlichkeit eine beträchtliche Resonanz gefunden.

Mit einem abschließenden Wunsch an diese Konferenz, mit dem ich gleichzeitig meinem Optimismus Ausdruck geben möchte, möchte ich diesen Gesprächsbeitrag beschließen: Der deutsch-polnische Dialog sollte unter Einschluß aller relevanten Meinungen und meinungsbildenden Kräften fortgeführt werden. Verständigung setzt Gesprächsbereitschaft voraus, Gesprächsbereitschaft auch über das, was uns trennt, damit das Ziel, die vorhandenen Divergenzen und Schwierigkeiten zu überwinden, erreichbar wird.